

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2001

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

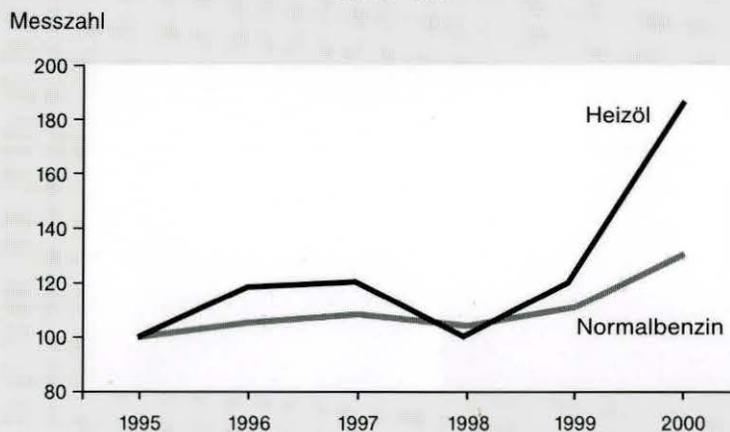
September

Oktober

November

Dezember

Messzahlen der Verbraucherpreise für
Normalbenzin und Heizöl 1995-2000
im früheren Bundesgebiet
1995=100



Inhalt

Automationsgestützte Abwicklung der Landtagswahl am 25. März 2001	45	Der Beitrag stellt das DV-Verfahren zur Landtagswahl am 25. März 2001 vor. Zentrale Komponente ist das datenbankbasierte Dialogverfahren, mit dem am Wahlabend die Ergebnisse aller Stimmbezirke erfasst und in die landesweite Wahldatenbank gespeichert werden.
Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl von 1970 bis 2000	50	Die Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl hatten seit 1970 einen wechselhaften Verlauf, der stark durch die Wirtschaftspolitik der Förderländer, weltpolitische Ereignisse und administrative Maßnahmen bestimmt wurde.
Ökologischer Landbau 1999	58	Rund 370 landwirtschaftliche Betriebe wirtschafteten 1999 nach den Kriterien der EG-Verordnung zum ökologischen Landbau. Die Betriebe hatten eine durchschnittliche Betriebsgröße von über 31 ha.
Der gewaltsame Tod – Eine Kommentierung der nicht natürlichen Todesfälle 1998 und 1999	62	Der gewaltsame Tod ist an der Tagesordnung. Tag für Tag sterben vier Menschen aus Rheinland-Pfalz durch Suizid, Unfall, Gewaltverbrechen oder sonstige äußere Einflüsse. Männer und ältere Menschen sind hiervon vergleichsweise häufig betroffen.
Anhang	17*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	23*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Fortlaufend aktuelle Wahlergebnisse durch automationsgestützte Abwicklung der Landtagswahl

Am Wahlabend des 25. März werden unmittelbar nach der Feststellung in den Stimmbezirken die Ergebnisse mit dem großrechner-basierten Wahlverfahren über Bildschirmmasken erfasst und zur Speicherung an die landesweite Wahldatenbank übertragen. Die gespeicherten Stimmbezirksergebnisse werden fortlaufend zu Summenergebnissen auf höheren Aggregationsebenen addiert.

Einige Gebietskörperschaften setzen vor Ort eigene PC-basierte Wahlverfahren ein. Zur Vermeidung der Doppelerfassung werden die vor Ort eingegebenen Stimmbezirksergebnisse mittels Datei-Übertragung (Filetransfer) an die landesweite Anwendung übermittelt. Die per Filetransfer gelieferten Ergebnisse werden durch ein Stapelprogramm auf Plausibilität überprüft und anschließend, soweit keine Unplausibilitäten festgestellt wurden, in die Datenbank eingelagert.

Umfangreiche Informationen zur Landtagswahl sind bereits im Internet eingestellt und können unter der Internet-Adresse www.statistik-rp.de abgerufen werden. Am Wahlabend werden auch die Ergebnisse (Zwischen- und Endergebnisse) von Stadtteilen, Gemeinden und Städten, Verbandsgemeinden, Landkreisen, Wahlkreisen und Bezirken sowie das Landesergebnis im Internet präsentiert. be

Mehr über dieses Thema auf Seite 45.

Rund 370 landwirtschaftliche Betriebe wirtschafteten 1999 nach den Regeln des ökologischen Landbaus

Die Kommission der Europäischen Union hat 1991 auf Grund der zunehmenden Verbreitung des ökologischen Landbaus eine gesetzliche Grundlage geschaffen, um die Anforderungen an ökologisch erzeugte Lebensmittel gesetzlich abzusichern. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, die nach diesen Vorschriften wirtschaften, wurde erstmals im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1999 erhoben.

Rund 370 landwirtschaftliche Betriebe mit knapp 12 000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche erfüllten 1999 die in der EU-Rechtsvorschrift festgelegten Regeln des ökologischen Landbaus. Die durchschnittliche Betriebsgröße der Öko-Betriebe war mit 31 ha rund 11 ha größer als die der konventionell wirtschaftenden Betriebe. Die deutlich bessere Flächenausstattung der Öko-Betriebe dürfte ein Grund dafür sein, dass immerhin 61% der ökologisch bewirtschafteten Familienbetriebe zu den Haupterwerbsbetrieben gehören. Bei den konventionell wirtschaftenden Familienbetrieben sind es nur 39%.

Die Fruchtfolge der Öko-Betriebe weist einige Besonderheiten auf. Sie bestellten 1999 nur rund 45% des Ackerlandes mit Getreide. Die konventionellen Betriebe

erreichten dagegen 63%. Weizen war die wichtigste Getreideart der Öko-Betriebe. Er wuchs auf 16% des Ackerlandes. Die wichtigste Getreideart der konventionellen Betriebe war Sommergerste (22%). Sie wächst bei den Öko-Betrieben nur auf 8% des Ackerlandes. Ein Grund für den Unterschied dürfte der fehlende Markt für ökologisch erzeugte Braugerste sein.

Weitere wichtige Anbaufrüchte im ökologischen Anbau sind Kartoffeln (5,6%) und Hülsenfrüchte (5,3%). Deutliche Unterschiede gibt es auch beim Umfang der Tierhaltung. Die Betriebe mit ökologischer Wirtschaftsweise erreichten einen Viehbesatz von lediglich 0,65 Großvieheinheiten (GV) je ha LF. Die konventionellen Betriebe mit Viehhaltung kommen auf einen Tierbesatz von gut 0,84 GV je ha LF. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 58.

Benzin- und Heizölpreise auf Rekordniveau

Seit Anfang der 70er Jahre haben sich starke Bewegungen auf dem Mineralölmarkt ergeben, bei denen oftmals das Verhalten der OPEC-Staaten der Anlass war. Die beiden Ölkrisen von 1973 und 1979 sorgten für Preisschübe sowohl bei den Kraftstoffen als auch beim Heizöl. Das Preisniveau wurde im Laufe der Jahre durch verschiedene und mehrfach angehobene Steuern beeinflusst. In den 70er Jahren mussten die Verbraucher für 100 Liter Heizöl durchschnittlich 27,44 DM zahlen, eine Dekade später waren es schon 59,08 DM. Auf einen mittleren Preis von 47,60 DM je 100 Liter sank das Heizöl in den 90er Jahren. Sowohl Heizöl als auch Benzin erreichten im September 2000 ihre Höchstwerte. 100 Liter Heizöl kosteten in Rheinland-Pfalz 104,96 DM, der Liter Markenbenzin 2,07 DM. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 50.

Ältere Männer sterben häufiger eines nicht natürlichen Todes

Mehr als 3% der verstorbenen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer kamen durch eine nicht natürliche Todesursache ums Leben. Sie starben vorzeitig durch gewaltsame äußere Einflüsse, insbesondere Selbstmord, Unfall oder Gewaltverbrechen. So schießen in den Jahren 1998 und 1999 durchschnittlich je Woche zwölf Personen aus dem Leben, indem sie den Freitod wählten. Täglich starb eine Einwohnerin bzw. ein Einwohner an den Folgen eines Transportmittelunfalls; im Durchschnitt alle neun Tage wurde eine Bürgerin bzw. ein Bürger Opfer eines Gewaltverbrechens mit Todesfolge.

Sowohl Knaben als auch Männer sind einem mehr als doppelt so hohen Gesamtrisiko ausgesetzt wie ihre weiblichen Altersgenossinnen. Besonders krass tritt

kurz + aktuell

dieser geschlechtsspezifische Unterschied bei den jungen Erwachsenen zu Tage. So unterliegen 20- bis 24-jährige Männer einem sechsfach höheren Risiko als gleichaltrige Frauen. Gerade in dieser Altersgruppe sind es vergleichsweise häufig schwere Verletzungen in Folge von Straßenverkehrsunfällen, die einen vorzeitigen Tod herbeiführen.

Die am deutlichsten gefährdete Bevölkerungsgruppe sind jedoch die Senioren. So unterliegen über 84-jährige Männer im Vergleich zur Gesamtbevölkerung einem sechsfach überhöhten Gesamtrisiko, Opfer eines Suizids, eines Unfalls, eines Gewaltverbrechens oder sonstiger tödlicher äußerer Einflüsse zu werden. re

Mehr über dieses Thema auf Seite 62.

Beschäftigungsabbau im Bauhauptgewerbe hält an

Die Beschäftigtenzahl im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe geht ebenso wie die Zahl der Betriebe zurück. Zum 30. Juni 2000 gab es 3 896 Betriebe, 67 weniger als im Jahr zuvor. Das entspricht einem Rückgang von 1,7%. Die Zahl der Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten, mit 87% der Hauptanteil, nahm um 1,8% auf 3 381 ab. Die Zahl der mittelständischen Betriebe mit 20 bis 99 Mitarbeitern verringerte sich um 1,5% (-7). Die Zahl der Großbetriebe mit 100 und mehr Beschäftigten erhöhte sich um 2 auf 46.

Die anhaltende Konjunkturschwäche am Bau hatte im Jahr 2000 auch Einfluss auf die Beschäftigungslage. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich der Personalstand um rund 800 (-1,6%) auf 47 430 Personen.

Der Trend zu immer kleineren Betrieben hält an. Verfügten die Betriebe in den Jahren 1970 und 1980 über durchschnittlich 20 Mitarbeiter, so waren es 1990 nur noch 17, zur Jahresmitte 2000 nur noch 12. fu

Deutlicher Rückgang im Wohnungsbau

In Rheinland-Pfalz wurden im vergangenen Jahr deutlich weniger Wohnungsneubauten beantragt als im Jahr zuvor. Die Zahl der genehmigten Gebäude ging um 18,9% zurück, die der Wohnungen sogar um 20,5%. Insgesamt wurden 16 585 Wohnungen in 10 835 Häusern genehmigt. Die veranschlagte Investitionssumme für Wohnungsneubauten sank binnen Jahresfrist von 6,1 auf 5 Mrd. DM.

Von dem Rückgang waren alle Gebäudearten betroffen. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern verringerte sich um

18,6% auf 11 946. Noch drastischer war das Minus bei Wohnungen in Mehrfamilienhäusern; hier wurden 25% weniger Genehmigungen als 1999 registriert. Nur noch 4 639 Wohnungen sollten in Häusern mit mehr als zwei Wohneinheiten errichtet werden. hw

Mayen-Koblenz und Mainz-Bingen bei Baugenehmigungen an der Spitze

Die im Jahr 2000 insgesamt nachlassende Nachfrage im Wohnungsbau führte in den kreisfreien Städten und den Landkreisen in Rheinland-Pfalz zu einem Rückgang der Baugenehmigungen um durchschnittlich 17 bzw. 21%. Allerdings zeigte sich in den einzelnen Gebieten ein deutlich unterschiedlicher Verlauf. Die meisten Wohnungen wurden zwar wiederum im Kreis Mayen-Koblenz (998) genehmigt, allerdings waren dies 34% weniger als im Vorjahr. An zweiter Stelle stand der Landkreis Mainz-Bingen mit 995 genehmigten Neubauwohnungen, 12% mehr als 1999. Ebenfalls um 34% gingen die Genehmigungen im Westerwaldkreis zurück, wo 936 neue Wohnungen – davon 92% in Ein- und Zweifamilienhäusern – entstehen sollen.

Dem allgemeinen Landestrend entgegen verlief die Entwicklung in mehreren Gebieten von Rheinhessen und der Pfalz. Hier wurden teilweise beträchtliche Zunahmen registriert, unter anderem in der Stadt Frankenthal, wo 199 neue Wohnungen genehmigt wurden (im Vorjahr nur 21). Auch in den Städten Neustadt an der Weinstraße (187 Wohnungen; +80%) und Landau in der Pfalz (258; +50%) nahm der Umfang der Baugenehmigungen im Jahr 2000 stark zu. hw

Weniger Unfalltote im Straßenverkehr

Im Dezember 2000 wurden in Rheinland-Pfalz 11 279 Straßenverkehrsunfälle polizeilich aufgenommen. Das sind 0,1% weniger als im gleichen Monat des Vorjahres. Bei 1 419 Unfällen mit Personenschaden (+0,8%) wurden 21 Verkehrsteilnehmer getötet (-30%), 389 schwer (+1,6%) und 1 483 leicht verletzt (-1,1%). Die Zahl der Unfälle mit nur Sachschaden ging um 0,2% auf 9 860 zurück.

Von Januar bis Dezember des Jahres 2000 ereigneten sich 124 618 Unfälle, 0,6% mehr als in dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Unfälle mit Personenschaden gab es 18 941 (-2,4%). Hierbei wurden 25 151 Personen verletzt (-2,3%) und 362 getötet (-5,5%). Die Zahl der Unfälle mit nur Sachschaden erhöhte sich um 1,2% auf 105 677. schm

Automationsgestützte Abwicklung der Landtagswahl am 25. März 2001

Zentrale Komponente für die automationsgestützte Abwicklung der Landtagswahl ist das großrechner-basierte Wahlverfahren. Mit dieser Wahl-Software werden die Ergebnisse aller Stimmbezirke unmittelbar nach Feststellung am Wahlabend über Bildschirmmasken eingegeben und zur Speicherung an die zentrale Wahl-datenbank übertragen. Die gespeicherten Stimmbe-zirksergebnisse werden fortlaufend zu Summener-gbnissen auf höheren Aggregationsebenen addiert, sodass unmittelbar nach Eingabe des Ergebnisses des letzten Stimmbezirks im Wahlkreis das Wahlkreisergeb-nis bzw. nach Eingabe des Ergebnisses des letzten Stimmbezirks im Land das Landesergebnis vorliegt. Mit Vorliegen des Landesergebnisses kann sodann die Sitzverteilung berechnet werden.

Das Großrechnerverfahren für die Verarbeitung von Wahlergebnissen der Landtagswahl 2001 ist grund-sätzlich analog den Verfahren zur Europawahl 1999 und zur Bundestagswahl 1998 realisiert.

DV-technisches Konzept

Die Wahldaten sind zentral in einer Datenbank auf dem Großrechner des Daten- und Informationszentrums Rheinland-Pfalz (DIZ) in Mainz gespeichert. Insgesamt rund 250 Eingabe- und Auskunftsstellen kommunizie-ren über Dialogprogramme mit der Wahl-Anwendung. Die Daten werden über das landesweite Daten- und Kommunikationsnetz (rlp-Netz) übertragen.

Einige Gebietskörperschaften setzen vor Ort eigene PC-basierte Wahlverfahren ein. Zu bestimmten Zeit-punkten werden die vor Ort gespeicherten Ergebnisse der Stimmbezirke in eine Datei entladen, die mittels Da-tei-Übertragung (Filetransfer) auf den Großrechner übermittelt wird. Hier werden die Stimmbezirksergeb-nisse anschließend durch ein Stapelprogramm in die zentrale Wahldatenbank gespeichert.

Die Softwareentwicklung für die Wahlanwendung er-folgte in einer ADABAS/NATURAL-Umgebung unter dem Betriebssystem OS/390 und dem Transaktions-monitor IMS/DC. ADABAS ist ein relational-orientiertes Datenbankverwaltungssystem und NATURAL ist die zu ADABAS gehörende Anwendungsentwicklungssprache der vierten Generation. Zur Dateigenerierung und als technisches Dokumentationswerkzeug wird das Daten-diktationär PREDICT verwendet.

Benutzeroberfläche

Die Bildschirmmasken der Dialogprogramme sind grundsätzlich gleich aufgebaut. Damit wird eine einheit-liche Benutzeroberfläche für die Endanwender ge-schaffen.

Menü- oder Auswahlmasken ermöglichen durch die Eingabe einer Ziffer oder eines Buchstabens die Ver-zweigung in eine weitere Auswahl- oder eine Verarbei-tungsmaske. Verarbeitungsmasken dienen der Präsen-tation und Verarbeitung von Daten.

Neben den Menü- und Auswahlmasken gibt es wei-tere Sondermasken (Fenster, Windows), die im Verlaufe der Anwendung innerhalb einer bereits aufgerufenen Maske auf dem Bildschirm erscheinen können. Es sind dies im Einzelnen die Fehlermaske, die Hilfemaske und die Nachfragemaske.

Alle Masken sind dreigeteilt. In den Kopf- und Fuß-zeilen sind allgemeine anwendungsspezifische Infor-mationen enthalten. Die Verarbeitungszeilen zeigen die gewünschten Informationen an bzw. nehmen die für die Weiterverarbeitung notwendigen Eingaben auf.

Die Benutzer werden im Dialog schrittweise über Aus-wahlmasken zu den Verarbeitungsmasken geführt. Er-fahrene Benutzer haben in jeder Maske über die Ein-gabe eines Direktkommandos die Möglichkeit, sofort eine Verarbeitungsmaske auszuwählen (Expertenmo-dus).

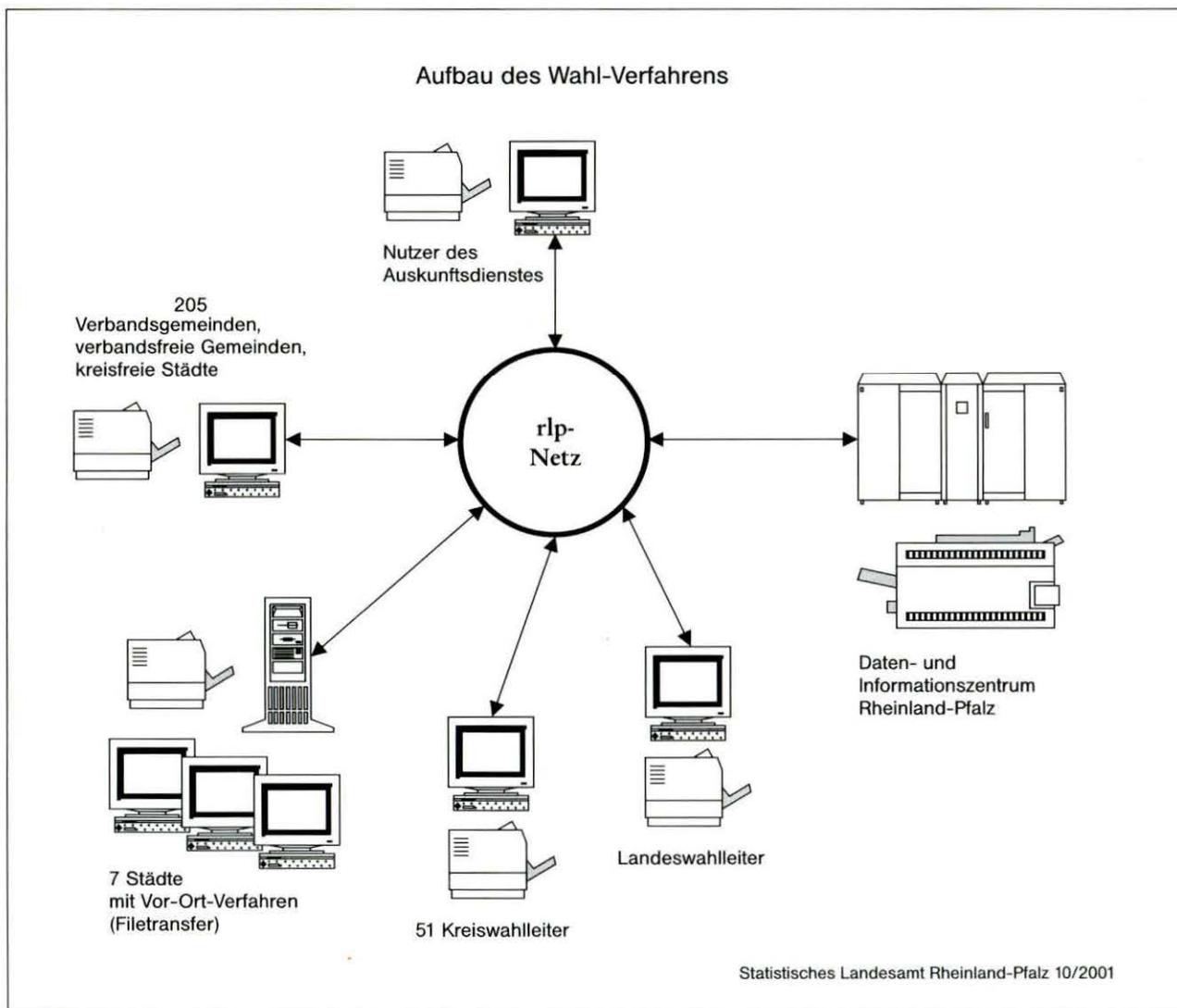
Die Verarbeitung von Daten erfolgt in zwei Phasen. Die Daten werden zunächst selektiert (Selektionsphase) und anschließend bearbeitet (Bearbeitungsphase).

Verarbeitungsfunktionen

Für jede Eingabe- und Auskunftsstelle werden gezielt Bildschirmmasken zur Verfügung gestellt, mit denen Daten eingegeben, angezeigt, freigegeben und ausge-druckt werden können. Durch die Anwendung ist si-chergestellt, dass die Benutzer nur auf die für sie zuge-lassenen Funktionen und nur auf die für sie vor-gesehenen Daten zugreifen können. Im Einzelnen sind die folgenden Verarbeitungsfunktionen realisiert:

- Eingabe/Anzeige von Stimmbezirksergebnissen

Bei Aufruf dieser Funktion erscheint zunächst eine Auswahlmaske mit allen Stimmbezirken, für die der Benutzer zugelassen ist. Bei Selektion eines Stimm-



bezirks mit „E“ (Eingabe) wird die Maske für die Eingabe der Einzelergebnisse des Stimmbezirks der aktuellen Landtagswahl am Bildschirm ausgegeben; bei Selektion mit „A“ (Anzeige) erscheint die Anzeigemaske, die neben den zuvor eingegebenen Einzelergebnissen der aktuellen Landtagswahl auch Vergleichsdaten der Bundestagswahl 1998 und der Landtagswahl 1996 enthält. Da Vergleichsergebnisse nur auf Gemeindeebene vorliegen, werden bei der Anzeige von Stimmbezirksergebnissen bei den Vergleichswahlen nur die jeweiligen Prozentwerte aus dem Gemeindeergebnis angezeigt; die Datenfelder mit den absoluten Parteienstimmen bleiben leer. Auf Gemeindeebene und in den aggregierten Summenergebnissen der höheren Ebenen werden die Vergleichszahlen (absolute Werte und Prozentwerte) immer aufgeführt.

Sind die Einzelergebnisse eines Stimmbezirks eingegeben, wird das Stimmbezirksergebnis auf Plausibilität überprüft. Ist das Ergebnis plausibel, wird es automatisch in die Wahldatenbank eingespeichert und zur Überprüfung noch einmal angezeigt. Werden bei der Plausibilitätsprüfung Unstimmigkeiten festgestellt, findet eine Speicherung des Ergebnisses so lange nicht statt, bis das Ergebnis plausibel ist.

In der Auswahlmaske mit den Stimmbezirken ist jederzeit für die Benutzer erkennbar, für welche Stimmbezirke noch Ergebnisse einzugeben sind bzw. welche Ergebnisse bereits eingegeben wurden (unterlegt dargestellt). Mit einer Funktionstaste können die Auswahlmöglichkeiten auf die bereits eingegebenen Stimmbezirke oder auf die noch einzugebenden Stimmbezirke eingeschränkt werden.

- Drucken

Gemäß § 61 Abs. 3 Landeswahlordnung haben die Gemeindebehörden dem jeweiligen Kreiswahlleiter die Wahlniederschriften mit den erforderlichen Anlagen zu übersenden. Zu den erforderlichen Anlagen zählen auch die Zusammenstellungen. Das Drucken von Zusammenstellungen ist erst möglich, wenn alle zu einer Gebietskörperschaft oder zu einem Wahlkreis gehörenden Stimmbezirke eingegeben wurden; sie sind in der entsprechenden Auswahlmaske unterlegt dargestellt. Darüber hinaus können alle eingegebenen Stimmbezirksergebnisse und die auf die Summenebenen hochaggregierten Ergebnisse ausgedruckt werden.

Nach Feststellung des vorläufigen Wahlergebnisses im Land wird am Wahlabend ein Veröffentlichungs-

bericht erstellt, in dem die vorläufigen Ergebnisse des Landes, der Wahlkreise, der Bezirke, der kreisfreien Städte, der Landkreise sowie ausgewählter kreisangehöriger Städte nachgewiesen werden. Ebenfalls in einem vorläufigen Bericht werden die Ergebnisse der verbandsfreien Gemeinden und der Verbandsgemeinden veröffentlicht. Die entsprechenden Ausdrucke werden über Stapelprogramme erzeugt und auf einem Laserdrucker ausgegeben.

- Freigabe von Wahlkreisergebnissen und Berechnung der Sitzverteilung

Die Freigabe von Wahlkreisergebnissen ist nur für die Kreiswahlleiter und nur für deren Zuständigkeitsbereich zugelassen. Nachdem alle Stimmbezirke eines Wahlkreises eingegeben sind, wird das Wahlkreisergebnis vom Kreiswahlleiter geprüft und anschließend freigegeben. Mit der Freigabe wird das Wahlkreisergebnis beim Kreiswahlleiter automatisch ausgedruckt. Wird nach der Freigabe des Wahlkreisergebnisses ein Stimmbezirksergebnis dieses Wahlkreises geändert, so wird die Freigabe maschinell zurückgesetzt und muss wiederholt werden.

Nachdem alle Wahlkreise freigegeben sind und somit das Landesergebnis vorliegt, kann beim Landeswahlleiter die Sitzverteilung berechnet werden. Hierbei wird neben der Ermittlung der Anzahl der Sitze je Partei, die im neuen Landtag vertreten ist, auch die Zuordnung der Sitze auf die Wahlkreis- und Listenbewerber vorgenommen. Nach Berechnung der Sitzverteilung kann der Landeswahlleiter das vorläufige Wahlergebnis im Land prüfen und anschließend freigeben.

- Auskunftsdienst

Mit dem landesweiten Auskunftsdienst können alle Ergebnisse von der Stimmbezirks- bis zur Landesebene angezeigt werden. Für die Ergebnisanzeige sind zwei Darstellungsalternativen realisiert:

1. Anzeige des Ergebnisses mit allen Ergebnisdaten der aktuellen Landtagswahl und den Vergleichsergebnissen der Landtagswahl 1996. Über eine Funktionstaste kann das gleiche Ergebnis auch mit den Vergleichsergebnissen der Bundestagswahl 1998 angezeigt werden.
2. Anzeige des Ergebnisses in Form eines Balkendiagramms mit Gewinn- und Verlustdarstellung bezogen auf das Landesstimmenergebnis der aktuellen Landtagswahl und der Landtagswahl 1996.

Über Bildschirmmasken können auch die gewählten Wahlkreiskandidaten mit den abgegebenen Wahlkreisstimmen für die Bewerber von SPD, CDU, F.D.P. und GRÜNEN ausgegeben werden.

Für die Anzeige der Sitzverteilung stehen folgende Übersichten zur Verfügung:

- Darstellung der Sitzverteilung der im Landtag vertretenen Parteien,
- graphische Aufbereitung der Sitzverteilung im Landtag,
- Darstellung der Sitzverteilung je Bezirk der im Landtag vertretenen Parteien mit Bezirkslisten.

Eingabemaske der Landtagswahl

```

M113--EM L113---P Wahl-Datenbank (Landtagswahl) 20.02.01 08:06:32
StLA Rhld.-Pfalz 1.1.3 Eingabe Wahlergebnis Tlsaof PLSABK
----- 1. Eingabe -----
4 48 31700000 00 0001 U Kr. fr. Stadt Pirmasens Vorg.Wahlberecht: 938

A1 Wahlb. o. Sp:  A2 Wahlb. m. Sp:  A3 Wahlb.§19 : 
A Wahlberecht.:  B Wähler :  B1 davon m. WS : 
Wahlkreisstimmen: C Ungültige :  D Gültige : 
D1 S P D :  D2 C D U :  D3 F.D.P. : 
D4 GRÜNE :  D5 R E P :  D6 ö d p : 
D9 FWG :  D13 NATURGESETZ :  D14 PDS : 

Landesstimmen: E Ungültige :  F Gültige : 
F1 S P D :  F2 C D U :  F3 F.D.P. : 
F4 GRÜNE :  F5 R E P :  F6 ö d p : 
F7 NPD :  F8 PBC :  F9 FWG : 
F10 Tierschutz : 

Kontrollanzeige : J autom. drucken? : N
Direktkommando:  Bearbeitung: 

ENTR=Änd; F3=Abbr
2B b 06/021

```

Darüber hinaus ist eine Funktion realisiert, mit der für die im Landtag vertretenen Parteien alle gewählten Landtagsabgeordneten angezeigt werden können.

– Eingabe von kumulierten Ergebnissen

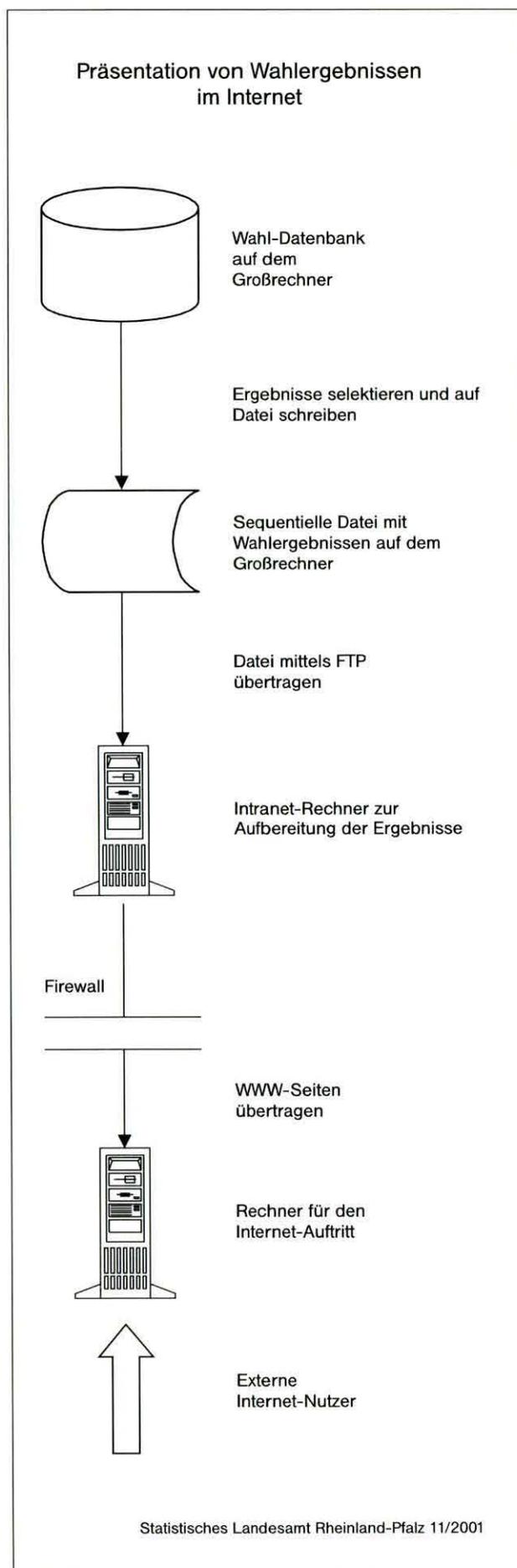
Für den Fall einer technischen Störung am Wahlabend, durch die die Eingabe von Stimmbezirksergebnissen bei einzelnen Eingabestellen nicht möglich ist, können kumulierte Ergebnisse im Statistischen Landesamt eingegeben werden. Unter einem kumulierten Ergebnis ist hierbei das Gesamtergebnis einer Verbandsgemeinde, einer verbandsfreien Gemeinde oder einer kreisfreien Stadt zu verstehen. Diese Funktion ist für externe Benutzer gesperrt.

Übermittlung von Wahlergebnissen durch Datei-Übertragung

Insgesamt sieben Gebietskörperschaften setzen vor Ort für die Eingabe und Auswertung von Stimmbezirksergebnissen eigene PC-basierte Wahlverfahren ein. Zur Vermeidung der Doppelerfassung der Wahlergebnisse im örtlichen und im landesweiten Wahlverfahren werden die vor Ort erfassten Ergebnisse mittels Datei-Übertragung (Filetransfer) zur landesweiten Anwendung übermittelt. Hierzu werden in bestimmten Zeitabständen die in den örtlichen Verfahren erfassten Stimmbezirksergebnisse der jeweiligen Gebietskörperschaft in eine Datei ausgelagert. Diese Datei wird dann von der sendenden Gebietskörperschaft mittels Datei-Übertragung (Filetransfer auf der Basis des SNA-Protokolls) über das rlp-Netz auf den Großrechner im DIZ übertragen. Die per Filetransfer übermittelten Ergebnisse werden hier durch ein Stapelprogramm zunächst auf Plausibilität überprüft und anschließend, soweit keine Unplausibilitäten festgestellt wurden, in die Datenbank eingelagert. In jedem Fall wird der sendenden Stelle für jeden Stimmbezirk eine Rückmeldung („Stimmbezirksergebnis ok“ bzw. „Stimmbezirksergebnis fehlerhaft“) über das rlp-Netz auf einem örtlichen Drucker ausgegeben. Im Fehlerfall muss das Stimmbezirksergebnis vor Ort korrigiert werden und anschließend eine Neuübertragung erfolgen.

Einsatz von Stimmzählgeräten

Stimmzählgeräte sind elektronische Wahlgeräte für die Abgabe von Stimmen bei Wahlen und die anschließende automatische Auszählung der abgegebenen Stimmen. Stimmzählgeräte ersetzen Stimmzettel, Wahlkabine und Wahlurne. Anstatt seine Kreuze mit einem Stift auf dem Stimmzettel zu machen, kann der Wähler per Tastendruck auf dem Gerät seine Wahlkreis- und Landesstimme abgeben. Die Stimmentscheidung wird dem Wähler zur Überprüfung auf einem Display angezeigt. Hat er sich vertippt, so ist über eine Korrekturtaste eine neue Auswahl durch den Wähler möglich. Alle Stimmabgaben werden auf einem geräteinternen Speichermodul abgelegt, sodass nach Abschluss der Wahlhandlung das Wahlergebnis (des Stimmbezirks) mit dem Gerät unmittelbar festgestellt und ausgedruckt werden kann.



Darüber hinaus kann das festgestellte Wahlergebnis mit einer speziellen Software des Geräteanbieters, die hierfür auf einem handelsüblichen PC zu installieren ist, weiterverarbeitet werden. Hierzu wird das auf dem Speichermodul abgelegte Wahlergebnis über ein besonderes Peripheriegerät in den PC eingelesen; die Spezialsoftware enthält unter anderem eine Exportfunktion, mit der das Wahlergebnis in eine Datei gespeichert werden kann. Diese Datei kann nun analog der im vorangegangenen Abschnitt beschriebenen Vorgehensweise durch Datei-Übertragung auf den Großrechner im DIZ übermittelt und hier anschließend verarbeitet werden.

Bei der anstehenden Landtagswahl werden in einem Pilotprojekt elektronische Wahlgeräte in drei Städten eingesetzt.

Präsentation von Informationen im Internet

Umfangreiche Informationen zur Landtagswahl 2001 sind im Internet eingestellt und können unter der WWW-Adresse <http://www.statistik-rp.de> abgerufen werden. Hierzu gehören

- der Terminkalender für die Vorbereitung und Durchführung der Wahl,
- die Beschreibung der rheinland-pfälzischen Bezirke und Wahlkreise,
- das Landeswahlgesetz und die Landeswahlordnung,
- der Aufsatz „Das Wahlrecht für die Wahl zum Landtag Rheinland-Pfalz“,
- die Informationen des Landeswahlleiters zur Einreichung von Wahlvorschlägen,
- die Pressemitteilungen, Rundschreiben und öffentlichen Bekanntmachungen des Landeswahlleiters,
- die zugelassenen Wahlkreisvorschläge und zugelassenen Landes- und Bezirkslisten,
- die Zusammensetzung und Struktur der Landtagswahlkreise,
- die Anschriften der Kreiswahlleiterinnen und Kreiswahlleiter,

- die Ergebnisse der Landtagswahl 1996, Bundestagswahl 1998, Europawahl 1999 und Kommunalwahlen 1999,
- häufig gestellte Fragen zur Landtagswahl mit Antworten.

Am Wahlabend werden die Ergebnisse (Zwischen- und Endergebnisse) von Stadtteilen, Gemeinden und Städten, Verbandsgemeinden, Landkreisen, Wahlkreisen und Bezirken sowie das Landesergebnis im Internet präsentiert. Hierzu werden die entsprechenden Ergebnisse periodisch aus der Wahldatenbank auf dem Großrechner entladen und anschließend für die Internet-Präsentation weiterverarbeitet. Nach Feststellung des vorläufigen Wahlergebnisses im Land werden auch die Sitzverteilung im neuen Landtag und die gewählten Bewerberinnen und Bewerber im Internet veröffentlicht. Die vorstehende Abbildung stellt den Ablauf schematisch dar.

Die für die Internet-Präsentation benötigten Wahldaten werden mit einem NATURAL-Entladeprogramm zu bestimmten Zeitpunkten aus der Wahldatenbank in eine sequentielle Datei entladen.

Die sequentielle Datei wird mittels Datei-Übertragung (Filetransfer auf der Basis des FTP-Protokolls) auf den Intranet-Rechner, einen Hochleistungsserver mit redundanten Komponenten für die Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit bzw. Ausfallsicherheit, übertragen. Hier erfolgt die vollständige Aufbereitung der Wahldaten für die Internet-Präsentation. Externe Nutzer können auf den Intranet-Rechner und das von ihm aus erreichbare Rechnernetz nicht zugreifen; dieser Rechner ist durch eine Firewall gegen externe Zugriffe geschützt.

Die aufbereiteten WWW-Seiten werden auf den Internet-Rechner, ebenfalls einen Hochleistungsserver mit redundanten Komponenten für die Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit bzw. Ausfallsicherheit, übertragen. Diese Seiten werden den externen Internet-Nutzern zur Verfügung gestellt.

Dr. Manfred Bretz

Verbraucherpreise für Kraftstoffe und Heizöl von 1970 bis 2000

Im Rahmen der amtlichen Verbraucherpreisstatistik für Rheinland-Pfalz werden seit Juni 1948 monatlich die Preise für Benzin und seit Oktober 1959 die Preise für Heizöl ermittelt. Über viele Jahre hinweg zeigten diese monatlichen Durchschnittspreise keine besonderen auffallenden Veränderungen nach oben (zeitweise gab es sogar deutliche Verbilligungen), sodass sie kaum das Interesse der Öffentlichkeit fanden. Dies änderte sich jedoch schlagartig durch die Ölkrise der 70er Jahre, weltpolitische Ereignisse und stetige administrative Beeinflussungen. Im folgenden Beitrag soll auf die Erhebung der Preise, ihren Verlauf seit 1970, die sie beeinflussenden Faktoren und die von ihnen verursachten Auswirkungen eingegangen werden.

Erhebung der Preise

Auf Landesebene werden monatlich rund 16 000 Preise und Mieten für gut 750 repräsentative Güter des privaten Verbrauchs erhoben. Die Preise werden überwiegend von Erhebungsbeauftragten – teilweise auch postalisch – bei ausgewählten Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungsbetrieben sowie Mietern und Vermietern ermittelt.

Die an die jeweiligen Stadtverwaltungen weitergeleiteten Erhebungslisten werden von den zuständigen Bearbeitern auf Preisveränderungen gegenüber dem Vormonat überprüft. Alle diese ermittelten Fälle werden in Datenaufnahmebelege eingetragen, die an das Statistische Landesamt übermittelt werden. Dort erfolgt eine manuelle Plausibilitätskontrolle der Daten, die ergänzt werden um die vom Statistischen Bundesamt zentral erhobenen Preise von Gütern mit gleicher bundesweiter Preisentwicklung. Nach der Datenerfassung erfolgt die maschinelle Aufbereitung mit intensiven Plausibilitätsprüfungen. Das fehlerfreie Einzelmaterial und die maschinell errechneten Landesdurchschnittspreise werden dem Statistischen Bundesamt zu einem bundeseinheitlich vorgegebenen Termin übermittelt.

In elf repräsentativ ausgewählten Berichtsgemeinden, nämlich Mainz, Ludwigshafen, Koblenz, Trier, Kaiserslautern, Pirmasens, Landau, Idar-Oberstein, Alzey, Diez und Bad Neuenahr-Ahrweiler, werden jeweils zur Monatsmitte die Verbraucherpreise für Kraftstoffe ermittelt. Dabei wird differenziert nach Markenware und ringfreier Ware für Normal- und Superbenzin sowie Dieselmotorkraftstoff und Super Plus als Markenware. Die Preise werden für insgesamt 266 Preispositionen (Stand November 2000) erhoben; je nach Gemeindegröße variiert deren Zahl. In der Landeshauptstadt Mainz sind es 35 Preisreihen, in Diez dagegen nur elf.

Bis auf die Städte Alzey, Diez und Bad Neuenahr-Ahrweiler erfolgt in allen anderen genannten Kommunen auch die monatliche Preisfeststellung von Heizöl. Insgesamt werden 38 Ölhändler befragt.

Wägungsanteile variieren

Die von allen 16 statistischen Landesämtern dem Statistischen Bundesamt monatlich zugeleiteten Ergebnisse der gesamten Verbraucherpreisstatistik werden zur Berechnung des Preisindex für die Lebenshaltung verwendet. Das jeweilige Wägungsschema des Index bezieht sich dabei auf ein bestimmtes Basisjahr, das in der Regel alle fünf Jahre verändert wird, das heißt es ist für einen bestimmten Zeitraum konstant. Die amtliche Statistik nimmt damit für einige Jahre gleiche Konsumgewohnheiten der privaten Haushalte an. Da diese aber einem ständigen Wandel unterliegen, ist von Zeit zu Zeit eine Aktualisierung der in die Berechnung einbezogenen Güter und Waren (Warenkorb) und der Wägungsschemata erforderlich. Angaben zu den Verbrauchsverhältnissen liefert die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Bei den Wirtschaftsrechnungen tragen ausgewählte private Haushalte jeweils für einen bestimmten Zeitraum ihre Einnahmen und Ausgaben in tiefer Gliederung in Haushaltsbücher ein. In Deutschland beteiligen sich 6 000 Haushalte, in Rheinland-Pfalz 159. Die ebenfalls auf freiwilliger Basis

Wägungsanteile von Kraftstoffen und Heizöl am Preisindex der Lebenshaltung für alle privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet 1970 - 1995

Art	1970	1976	1980	1985	1991	1995
	Promille					
Normalbenzin	14,93	9,33	12,95	6,62	9,09	11,69
Markenware	11,95	6,41	10,22	5,23	8,12	9,95
ringfrei	2,98	2,92	2,73	1,39	0,97	1,74
Superbenzin	4,22	14,00	16,74	17,42	15,47	16,29
Markenware	3,42	9,62	13,06	14,48	14,00 ¹⁾	14,30 ¹⁾
ringfrei	0,80	4,38	3,68	2,94	1,47	1,99
Dieselmotorkraftstoff	0,84	3,71	4,05	6,05	3,71	3,80
Markenware	0,84	2,57	3,38	4,64	3,32	3,30
ringfrei	-	1,14	0,67	1,41	0,39	0,50
Kraftstoffe	19,99	27,04	33,74	31,27	28,27	31,78
Extra leichtes Heizöl	8,86	12,54	17,47	16,24	8,70	6,51

1) Einschließlich SuperPlus.

Verbraucherpreise für Kraftstoffe 1970 - 2000 ¹⁾

Jahr Monat	Normalbenzin		Superbenzin		Dieselkraftstoff		Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorjahresmonat						
	Marken- ware	ring- frei	Marken- ware	ring- frei	Marken- ware	ring- frei	Normalbenzin		Superbenzin		Dieselkraftstoff		
							Marken- ware	ring- frei	Marken- ware	ring- frei	Marken- ware	ring- frei	
	Pfennig je Liter						%						
1970	55,6	51,7	-	-	55,5	51,7	-	-	-	-	-	-	
1971	58,0	54,8	-	-	57,8	53,0	4,3	6,0	-	-	4,1	2,5	
1972	60,7	56,2	68,4	58,8	61,3	58,0	4,7	2,6	-	-	6,1	9,4	
1973	68,8	64,9	76,3	71,4	66,3	62,8	13,3	15,5	11,5	21,4	8,2	8,3	
1974	84,0	81,6	90,2	85,8	87,3	76,0	22,1	25,7	18,2	20,2	31,7	21,0	
1975	83,6	79,2	90,3	84,8	86,4	80,5	-0,5	-2,9	0,1	-1,2	-1,0	5,9	
1976	87,1	85,6	92,3	89,7	88,8	83,4	4,2	8,1	2,2	5,8	2,8	3,6	
1977	84,1	82,2	88,9	87,3	88,3	82,7	-3,4	-4,0	-3,7	-2,7	-0,6	-0,8	
1978	86,7	81,3	91,4	85,5	85,3	78,9	3,1	-1,1	2,8	-2,1	-3,4	-4,6	
1979	95,4	93,9	99,7	97,5	96,8	94,0	10,0	15,5	9,1	14,0	13,5	19,1	
1980	112,8	110,6	117,6	115,2	114,0	111,0	18,2	17,8	18,0	18,2	17,8	18,1	
1981	136,7	134,0	141,7	138,4	127,0	123,1	21,2	21,2	20,5	20,1	11,4	10,9	
1982	132,7	131,4	138,8	136,9	130,1	127,3	-2,9	-1,9	-2,0	-1,1	2,4	3,4	
1983	132,2	129,7	138,7	135,8	127,5	124,8	-0,4	-1,3	-0,1	-0,8	-2,0	-2,0	
1984	132,1	129,5	138,3	135,5	129,6	126,7	-0,1	-0,2	-0,3	-0,2	1,6	1,5	
1985	135,3	132,9	142,0	139,4	133,4	130,7	2,4	2,6	2,7	2,9	2,9	3,2	
1986	101,6	99,7	107,6	105,7	98,9	96,9	-24,9	-25,0	-24,2	-24,2	-25,9	-25,9	
1987	97,8	95,8	103,2	101,1	91,7	89,4	-3,7	-3,9	-4,1	-4,4	-7,3	-7,7	
1988	91,4	89,6	96,3	94,7	88,9	86,8	-6,5	-6,5	-6,7	-6,3	-3,1	-2,9	
1989	109,3	107,4	114,1	112,4	95,5	93,1	19,6	19,9	18,5	18,7	7,4	7,3	
1990	113,4	111,3	118,5	116,9	101,5	99,4	3,8	3,6	3,9	4,0	6,3	6,8	
1991	127,8	126,3	133,1	131,1	107,3	105,4	12,7	13,5	12,3	12,1	5,7	6,0	
1992	134,3	132,0	139,6	137,0	106,8	104,5	5,1	4,5	4,9	4,5	-0,5	-0,9	
1993	135,6	133,2	141,0	138,3	110,1	107,8	1,0	0,9	1,0	0,9	3,1	3,2	
1994	151,1	148,4	156,1	153,5	115,2	112,6	11,4	11,4	10,7	11,0	4,6	4,5	
1995	149,3	147,0	154,4	152,0	112,6	110,3	-1,2	-0,9	-1,1	-1,0	-2,3	-2,0	
1996	157,3	154,5	162,3	159,5	123,9	121,3	5,4	5,1	5,1	4,9	10,0	10,0	
1997	161,9	159,5	166,7	164,5	125,0	122,5	2,9	3,2	2,7	3,1	0,9	1,0	
1998	155,5	152,9	160,5	157,9	116,6	113,9	-4,0	-4,1	-3,7	-4,0	-6,7	-7,0	
1999	166,0	161,9	171,1	167,0	126,3	122,5	6,8	5,9	6,6	5,8	8,3	7,6	
2000	195,1	192,0	200,1	197,2	158,1	154,6	17,5	18,6	16,9	18,1	25,2	26,2	
1999	Januar	152,6	148,8	157,6	153,7	113,1	109,0	-2,9	-3,9	-2,9	-4,0	-5,0	-7,2
	Februar	151,2	148,4	156,2	153,4	110,4	107,9	-3,0	-4,2	-2,9	-3,9	-6,5	-7,5
	März	152,2	149,7	157,5	154,7	112,3	109,5	-2,7	-3,4	-2,7	-3,1	-4,4	-4,7
	April	165,7	160,1	170,8	165,2	125,4	119,8	5,7	3,6	5,4	3,5	5,7	3,4
	Mai	160,5	156,8	165,6	162,2	120,0	120,6	2,8	2,4	2,8	2,6	2,2	5,1
	Juni	164,1	159,8	169,1	165,4	124,3	120,2	5,9	5,0	5,8	5,1	6,1	5,0
	Juli	169,0	164,2	174,0	169,3	127,9	123,3	6,9	6,3	6,9	6,3	7,9	6,9
	August	173,1	167,6	178,2	172,6	131,7	126,9	11,0	9,9	10,8	9,8	13,1	11,8
	September	173,4	168,5	178,6	173,5	133,6	128,9	12,1	11,1	11,9	10,9	16,0	16,1
	Oktober	175,3	171,4	180,5	176,4	135,0	131,3	13,6	13,0	13,3	12,6	17,6	17,1
	November	175,5	171,7	180,4	176,4	136,1	131,9	13,8	13,4	13,3	12,8	19,2	18,4
	Dezember	179,9	175,5	184,9	180,6	146,3	141,1	18,8	17,7	18,1	17,2	30,6	28,7
2000	Januar	183,8	179,2	188,8	184,5	150,4	144,5	20,4	20,4	19,8	20,0	33,0	32,6
	Februar	185,1	179,8	190,6	184,9	149,5	144,0	22,4	21,2	22,0	20,5	35,4	33,5
	März	195,9	189,1	200,9	194,4	155,0	148,8	28,7	26,3	27,6	25,7	38,0	35,9
	April	188,8	186,1	193,9	191,0	144,7	142,2	13,9	16,2	13,5	15,6	15,4	18,7
	Mai	187,8	185,7	192,6	191,0	145,9	144,0	17,0	18,4	16,3	17,8	21,6	19,4
	Juni	202,1	198,7	206,8	203,6	152,8	150,3	23,2	24,3	22,3	23,1	22,9	25,0
	Juli	201,7	199,1	207,0	203,9	151,7	149,7	19,3	21,3	19,0	20,4	18,6	21,4
	August	197,1	195,3	202,1	200,4	156,3	154,7	13,9	16,5	13,4	16,1	18,7	21,9
	September	206,5	203,6	211,4	208,8	176,3	171,7	19,1	20,8	18,4	20,3	32,0	33,2
	Oktober	199,6	197,3	203,6	202,5	171,3	166,2	13,9	15,1	12,8	14,8	26,9	26,6
	November	199,6	198,4	204,8	203,8	173,6	170,8	13,7	15,6	13,5	15,5	27,6	29,5
	Dezember	193,5	191,7	198,6	197,8	170,2	167,7	7,6	9,2	7,4	9,5	16,3	18,9

1) 1970 bis 1975 mit Bedienung, ab 1976 Selbstbedienung.

teilnehmenden 70 000 bzw. 3 700 Haushalte der EVS aus allen Bevölkerungsschichten vermitteln durch ihre Angaben einen Einblick in die eigene wirtschaftliche und soziale Lage.

In der Indexhauptgruppe 07 „Verkehr“ gehen die Kraftstoffe als „Waren und Dienstleistungen für den Betrieb von Kraftfahrzeugen“ mit einem Wägungsanteil im früheren Bundesgebiet von 31,78% in den aktuellen Gesamtindex ein (Basis 1995 = 100). Auf der Basis 1970 = 100 lag der Anteil noch bei 19,99% und für 1980 = 100 bei 33,74%. Extra leichtes Heizöl – kurz Heizöl genannt – bringt es für 1995 = 100 auf 6,51%. Der Rekordanteil lag für 1980 = 100 bei 17,47%. Da Heizöl in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht die Bedeutung wie im früheren Bundesgebiet hat, liegt dort der Wägungsanteil für alle privaten Haushalte auch nur bei 2,84%.

Preisschock in den 70er Jahren

Zu Beginn der 70er Jahre kostete der Liter Normalbenzin als Markenware mit Bedienung zwischen 55 und 60 Pfennig. Ringfreies Benzin war im Durchschnitt 3 bis 4 Pfennig pro Liter billiger. Durch die Ölkrise 1973/74 entstand eine völlig neue Situation. Auslöser war der Beschluss der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) vom 4. November 1973, die Ölförderung um ein Viertel des Fördervolumens vom September 1973 zu kürzen. Ab Januar 1974 wurde der Prozentsatz auf 15% gesenkt. Dadurch erhöhte sich die Bedeutung des

Rohöls erheblich und führte zu kräftigen Preisanhebungen sowohl bei den Kraftstoffen als auch beim Heizöl. Die 80-Pfennig-Grenze wurde 1974 überschritten, im Jahr 1979 die von 90 Pfennig. Das per Selbstbedienung an Markentankstellen gezapfte Normalbenzin kostete im Jahresdurchschnitt 1980 und 1981 je Liter 112,8 bzw. 136,7 Pfennig. In den Folgejahren war eine leicht rückläufige Entwicklung erkennbar, die in den Jahren 1987 und 1988 zu Durchschnittsbeträgen von 97,8 bzw. sogar 91,4 Pfennig führte.

Diesen Preisrückgängen folgten in den nächsten Jahren wieder stetige Preiserhöhungen; erstmals wurde die „Schallmauer“ von 1,50 DM je Liter Normalbenzin im Jahr 1994 erreicht. Nachdem im Jahr 1999 der Liter Normalbenzin 1,66 DM kostete, folgte der Rekordwert von 1,95 DM im Jahresdurchschnitt 2000. In drei Monaten dieses Jahres lag der Abgabepreis an den Tankstellen sogar über 2,00 DM; der höchste Monatswert wurde mit 2,07 DM im September 2000 ermittelt.

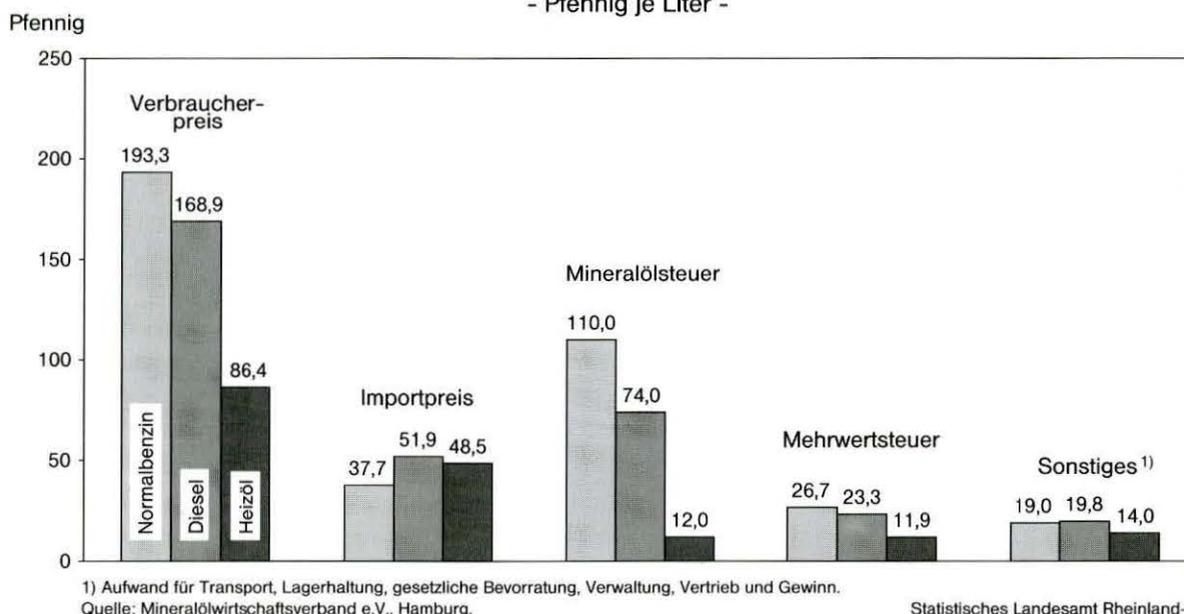
Höchste Preissteigerung bei Normalbenzin

Ein Vergleich der preislichen Entwicklung der verschiedenen Kraftstoffe ist ab dem Jahr 1976 möglich, da seit diesem Zeitpunkt generell die Preise für Selbstbedienung nachgewiesen werden. Die stärkste Preissteigerung weist bei den Markenkraftstoffen zwischen 1976 und 2000 das Normalbenzin mit einem Plus von 124% auf. Mit einem Anstieg um fast 117% verteuerte sich das Superbenzin etwas weniger stark; für den Verbraucher

Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung (Kraftfahrerpreisindex) in Deutschland 1991 - 2000

Jahresdurchschnitt	Kraftfahrerpreisindex insgesamt	Darunter			
		Kraftwagen	Kraftstoffe	Reparaturen, Inspektionen, Wagenwäsche	Kraftfahrzeugsteuer
1995 = 100					
1991	86,2	90,4	86,5	81,2	60,1
1992	91,1	94,7	90,6	86,6	75,0
1993	95,2	99,1	91,1	93,2	85,3
1994	98,8	99,0	100,6	97,4	96,8
1995	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1996	101,5	101,0	104,3	102,3	100,6
1997	103,4	100,6	107,5	104,2	110,4
1998	103,1	102,1	102,0	105,8	120,4
1999	106,2	102,8	109,1	107,1	128,5
2000	112,9	103,6	129,7	108,8	131,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr (%)					
1992	5,7	4,8	4,7	6,7	24,8
1993	4,5	4,6	0,6	7,6	13,7
1994	3,8	-0,1	10,4	4,5	13,5
1995	1,2	1,0	-0,6	2,7	3,3
1996	1,5	1,0	4,3	2,3	0,6
1997	1,9	-0,4	3,1	1,9	9,7
1998	-0,3	1,5	-5,1	1,5	9,1
1999	3,0	0,7	7,0	1,2	6,7
2000	6,3	0,8	18,9	1,6	2,3
Nachrichtlich: Gewichtung im Rahmen des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland (‰)					
	125,80	36,70	32,30	23,30	6,42

Zusammensetzung der Preise für Mineralölstoffe im Dezember 2000
- Pfennig je Liter -



am günstigsten war die Entwicklung bei Dieseldieselkraftstoff. Hier wurden die Preise zwischen den Jahren 1976 und 2000 „nur“ um 78% erhöht. Überraschend ist die Tatsache, dass „ringfreie“ Kraftstoffe stärker im Preis anzuheben als die Markenware. Bei Superbenzin errechnet sich hier ein Plus von 120%, bei Diesel waren es 85%.

Autofahrer finanziell gefordert

Die in den beiden letzten Jahren besonders stark angestiegenen Kraftstoffpreise haben die Autofahrer hart getroffen. Aber es sind nicht die einzigen in Verbindung mit dem Auto erfolgten Preisanhebungen. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte weist in einer Sondergliederung Werte über Kraftfahrzeuganschaffung und -unterhaltung nach. Danach hat sich der so genannte Kraftfahrpreisindex in Deutschland seit 1991 bis zum Jahr 2000 um genau 31% erhöht. Der Index – die Gewichtung liegt bei 125,80‰ – gliedert sich in neun Positionen, von denen drei (Kraftwagen 36,7‰, Kraftstoffe 32,3‰ und Reparaturen/Inspektionen 23,3‰) allein einen Anteil von fast 75% an der gesamten Gewichtung erreichen.

In dem zehnjährigen Beobachtungszeitraum stieg die Kraftfahrzeugsteuer (Anteil: 6,42‰) mit +119% am stärksten vor den Kraftstoffen (+50%) und den Reparaturen (+34%). Im Jahr 2000 fiel die Zunahme des Gesamtindex gegenüber dem Vorjahr (+6,3%) am kräftigsten aus. Im Jahr 1998 wurde dagegen sogar ein Rückgang von 0,3% ermittelt.

Steuererhöhungen trugen wesentlich zum Preisanstieg bei

Nachdem seit Mitte der 90er Jahre die Preise für Kraftstoffe nach oben tendierten und es 1998 wieder zu einer Entspannung kam, reagierte im Frühjahr 1999 die

OPEC mit Produktionseinschränkungen. Da sich – im Gegensatz zu früheren Beschlüssen – die Ölförderländer an die Absprachen hielten und gleichzeitig durch die wirtschaftliche Entwicklung in Asien eine Nachfragesteigerung auftrat, kam es insgesamt zu Preissteigerungen. Die Autofahrer spürten dies besonders, da zum 1. April 1999 das Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform in Kraft trat und damit der Kraftstoff je Liter um 6 Pfennig teurer wurde. Die Rheinland-Pfälzer merkten es sofort: Für einen Liter Normalbenzin mussten sie im März 1,52 DM bezahlen, im April waren es bereits 1,66 DM. Dieser Anstieg um 9,2% wurde bei Dieseldieselkraftstoff noch überschritten. Hier erhöhte sich der Literpreis binnen Monatsfrist von 1,12 auf 1,25 DM (+11,6%).

Im Laufe des Jahres drehte sich das Preiskarussell weiter. Durch das Gesetz zur Fortführung der ökologischen Steuerreform verteuerte sich der Liter Kraftstoff ab 1. Januar 2000 abermals um 6 Pfennig; diese Steigerung gilt jährlich bis 2003. Damit hat die steuerliche Belastung der Kraftstoffe einen neuen Höhepunkt erreicht.

Immer wieder drehte der Staat an der „Mineralölsteuerschraube“. Entfiel 1971 auf einen Liter Kraftstoff noch ein Steueranteil von 35 Pfennig, so waren es ab 1. April 1981 bereits 51 Pfennig und ab 1. Juli 1991 82 Pfennig. Die Steuererhöhungen setzten sich in den Folgejahren fort. Ab 1994 mussten je Liter bleifreies Benzin 98 Pfennig an Steuern bezahlt werden, ab dem Jahr 2000 schon 1,10 DM und für verbleites Benzin 1,20 DM. Bei einem Liter Diesel fallen seit Januar 2000 74 Pfennig Steuer an.

Nach Angaben des Mineralölwirtschaftsverbandes e.V. in Hamburg kostete im Dezember 2000 der Liter Normalbenzin 1,933 DM und der Liter Heizöl 0,864 DM. Auf den Importpreis entfielen dabei 0,377 bzw. 0,485 DM, auf die Mineralölsteuer 1,10 bzw. 0,12 DM und

auf die Mehrwertsteuer 0,267 bzw. 0,119 DM. Somit musste der Verbraucher pro Liter Benzin 70,7% Steuern zahlen, bei Heizöl waren es mit 27,7% deutlich weniger. Der Aufwand für Transport, Lagerhaltung, gesetzliche Bevorratung, Verwaltung, Vertrieb und Gewinn lag je Liter Normalbenzin bei 0,19 DM. Mit 0,14 DM war dieser Betrag bei Heizöl noch geringer.

Die Summe der gezahlten Mineralölsteuer wird auch durch die Zahl der gemeldeten Kraftfahrzeuge mitbestimmt. Jeweils zur Jahresmitte waren 1970 in Rheinland-Pfalz 825 800 und im Jahr 2000 rund 2 756 200 Fahrzeuge registriert. Diese Steigerung (+234%) ist insbesondere auf kräftige Zunahmen in den 70er und den frühen 80er Jahren zurückzuführen. Damals kam es im Fünfjahresrhythmus zu einer Bestandserhöhung um durchschnittlich 33%. In den letzten Jahren ging die Zuwachsrate kontinuierlich zurück; zwischen 1995 und 2000 erhöhte sich Bestand nur noch um 252 000 Kraftfahrzeuge (+10,1%). Diese Entwicklung deutet auf das allmähliche Erreichen der Sättigungsgrenze hin.

Neben der Mineralölsteuer partizipiert der Staat auch noch durch die Mehrwertsteuer an den Kraftstoffpreisen. Jede Preiserhöhung – sei es durch die Ölfirmen oder eigene staatliche Vorgaben – bringt der öffentlichen Hand zusätzliche Einnahmen. Der seit dem 1. Juli

1968 gültige Mehrwertsteuersatz – damals 11% – wurde zum 1. Januar 1978, 1. Juli 1979, 1. Juli 1983 und 1. Januar 1994 jeweils um einen Prozentpunkt erhöht. Seit dem 1. April 1998 gilt ein Mehrwertsteuersatz von 16%.

Wechselhafter Verlauf der Heizölpreise

Heizöl war für den Verbraucher zu Anfang der 70er Jahre verhältnismäßig preisgünstig; im Jahr 1970 mussten für 100 Liter 14,90 DM einschließlich Mehrwertsteuer bezahlt werden. Fast zu einer Verdoppelung kam es 1974 (29,02 DM) als Folge der ersten Ölkrise des Jahres 1973. In jenem Jahr zahlten die rheinland-pfälzischen Haushalte im Dezember mit 42,90 DM für 100 Liter einen bis dahin nicht für möglich gehaltenen Rekordpreis, der sich in den Folgejahren jedoch bei rund 30 DM wieder auf niedrigerem Niveau einpendelte. Eine sehr kräftige Anhebung des Rohölpreises seitens der Erdöl exportierenden Länder sorgte im Jahr 1979 für extreme Preissprünge. Im Mai und Juli 1979 wurde mit 51,63 bzw. 64,92 DM je 100 Liter die 50- bzw. die 60-DM-Grenze überschritten.

Die beiden Energiekrisen von 1973 und 1979 bewirkten einen Umbruch in der Energiepolitik und hatten weitreichende Auswirkungen, die alle Bereiche des öffent-

Verbraucherpreise für Heizöl 1970 - 2000¹⁾ nach Monaten

Jahr	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sep- tember	Ok- tober	No- vember	De- zember	Jahres- durch- schnitt	Verände- rung zum Vorjahres- durchschnitt
	DM je 100 Liter													%
1970	14,70	14,40	14,30	13,60	13,80	13,50	13,70	14,80	15,80	16,40	16,80	17,00	14,90	-3,1
1971	18,10	18,40	18,90	18,00	17,60	16,80	16,20	15,40	15,70	15,30	14,60	16,10	16,76	12,5
1972	16,00	16,30	15,70	15,70	15,40	14,70	14,50	14,40	15,20	15,90	16,90	17,80	15,71	-6,3
1973	15,93	16,24	15,95	15,45	16,61	19,37	20,70	19,71	21,60	26,70	36,40	42,90	22,30	41,9
1974	34,40	35,14	32,80	26,20	28,50	26,40	26,60	26,90	28,40	28,10	27,90	26,90	29,02	30,1
1975	26,90	24,43	23,88	25,00	24,75	27,27	27,24	28,45	33,15	34,12	33,23	32,17	28,38	-2,2
1976	31,55	31,60	31,04	31,64	31,07	31,65	31,65	31,69	31,94	31,45	30,51	30,88	31,39	10,6
1977	31,49	32,05	31,42	31,46	31,14	31,34	30,91	30,57	30,61	30,72	30,75	30,94	31,12	-0,9
1978	30,80	30,07	29,92	29,81	29,72	29,30	29,28	30,05	29,70	29,88	31,36	34,32	30,35	-2,5
1979	36,94	40,78	46,73	49,36	51,63	59,49	64,92	62,57	60,97	59,70	60,19	60,68	54,50	79,6
1980	63,29	63,19	62,19	61,85	65,51	63,64	61,91	59,21	56,12	58,71	62,29	67,47	62,12	14,0
1981	67,41	69,38	73,37	70,61	67,90	68,10	71,80	79,17	79,27	75,52	77,29	77,12	73,08	17,6
1982	79,32	75,41	70,29	72,29	75,76	74,94	74,87	75,55	78,97	84,87	84,23	79,39	77,16	5,6
1983	75,32	68,83	64,41	66,61	67,04	68,60	69,05	73,35	74,37	72,22	75,79	75,98	70,96	-8,0
1984	76,42	76,67	73,11	73,93	72,73	74,20	72,80	72,36	75,28	79,67	76,25	76,92	75,03	5,7
1985	82,23	84,47	87,39	80,27	76,75	74,09	72,94	73,42	79,13	76,91	79,08	72,05	78,23	4,3
1986	65,63	58,80	55,36	53,16	45,53	39,18	30,05	34,76	34,53	31,63	33,05	31,94	42,80	-45,3
1987	40,68	35,20	35,88	35,26	35,42	35,77	37,54	39,46	35,80	37,79	34,96	34,73	36,54	-14,6
1988	32,74	31,41	29,72	32,92	32,32	32,25	31,63	32,59	30,76	28,39	29,85	33,21	31,48	-13,8
1989	40,47	39,33	39,71	42,55	40,58	40,72	39,62	41,83	45,84	47,39	46,79	56,00	43,40	37,9
1990	50,84	42,21	41,90	41,79	40,55	38,65	39,02	52,50	54,47	67,48	59,11	56,72	48,77	12,4
1991	64,92	66,86	44,17	46,18	49,21	47,29	49,28	48,13	51,77	54,21	54,08	49,49	52,13	6,9
1992	45,46	48,42	46,01	47,81	48,51	48,34	46,58	46,07	46,24	48,51	48,61	46,85	47,28	-9,3
1993	49,07	48,37	50,72	49,52	48,52	47,35	47,81	46,64	46,81	48,60	48,09	47,03	48,21	2,0
1994	46,56	45,61	44,28	44,93	45,17	44,73	44,01	44,35	43,49	43,71	43,23	42,79	44,41	-7,9
1995	43,05	42,64	40,91	42,12	42,03	42,02	40,49	40,61	42,81	41,42	41,93	44,41	42,04	-5,3
1996	45,51	48,87	48,34	50,58	46,55	44,75	46,20	46,40	54,16	58,55	53,79	53,89	49,80	18,5
1997	60,06	53,33	48,15	47,38	48,44	47,86	48,06	50,62	49,00	52,35	51,67	51,08	50,67	1,7
1998	46,10	46,08	43,60	45,28	44,09	41,69	41,20	39,67	40,69	39,84	39,46	37,48	42,10	-16,9
1999	38,54	37,42	45,99	47,52	47,23	46,03	51,92	53,59	58,25	56,92	59,60	64,55	50,63	20,3
2000	62,87	66,71	69,53	65,43	70,39	70,86	74,89	80,08	104,96	97,37	92,84	85,52	78,45	54,9

1) Preis einschließlich Mehrwertsteuer bei einer Abnahmemenge ab Januar 1970 von 1000 Litern, ab Januar 1973 von 5 000 Litern (ab Juni 1979 zeitweise Auslieferung von 2 000 - 3 000 Litern), ab 1996 von 3000 Litern.

lichen Lebens tangierten. Neben den schon legendären drei autofreien Sonntagen – der Erste war der 25. November 1973 – gab es für eine bestimmte Zeit für Kraftfahrzeuge eine Tempobegrenzung. Auf Landstraßen und Autobahnen waren maximal 80 bzw. 100 Kilometer je Stunde erlaubt. Von Seiten der Politik gab es vielfältige Aktivitäten wie eine Verordnung über Feuerungsanlagen (1974), das Energieeinsparungsgesetz (1976), die Wärmeschutzverordnung (1977) sowie eine Heizungsanlagen- und Heizungsbetriebsverordnung (1978). Zudem wurden Programmförderungen, Direktsubventionen und Steuererleichterungen initiiert und die Forschung und Entwicklung sowie die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit intensiviert.

Auch die amtliche Statistik spürte die Auswirkungen der Aktivitäten im Energiebereich. So sah das ab 1979 geltende neue 2. Baustatistische Gesetz für Baugenehmigungen und -fertigstellungen den Nachweis der Heizungsart und der verwendeten Energieträger vor. Diese statistischen Daten wurden schnell ein wichtiger Bestandteil der Bautätigkeitsstatistik; aufgrund der aktuellen Verfügbarkeit und der hohen Aussagekraft der Ergebnisse wurde der Erhebungskatalog unverändert in das zurzeit – seit 1999 – gültige Hochbaustatistikgesetz übernommen.

Bisherige Höchstpreise in den 80er Jahren

Durch die zweite Ölkrise kam es 1979 – es herrschte ein strenger Winter – zu heftigen Preisanstiegen; der Jahresdurchschnittspreis lag um 80% über dem Wert des Vorjahres. In den beiden folgenden Jahren war der Anstieg mit +14 bzw. +17,6% wieder geringer. Das in den Sommermonaten oft etwas billigere Heizöl war aber im Jahre 1981 – nicht zuletzt wegen des hohen Anstiegs des Dollarkurses gegenüber der D-Mark – in den Monaten August und September mit 79,17 bzw. 79,27 DM am teuersten. Die 70-DM-Grenze wurde erstmals im März 1981 mit 73,37 DM überschritten.

Die Ölpreisentwicklung nahm in den 80er Jahren einen wechselhaften Verlauf. Mit 77,16 bzw. 78,23 DM je 100 Liter errechneten sich die bis dahin höchsten Durchschnittspreise in den Jahren 1982 und 1985. Eine bisher nicht gekannte Höchstmarke erreichte der Ölpreis mit 87,39 DM im März 1985. Seit 1986 gingen die Preise stetig zurück; die jährlichen Durchschnittswerte lagen – teilweise deutlich – unter denen des Vorjahres: –45,3% (1986), –14,6% (1987) und –13,8% (1988). Das Jahr 1989 (43,40 DM) weist eine gegenläufige Entwicklung auf (+37,9%). Es ist darauf hinzuweisen, dass am 1. Januar 1989 die Steuer für Heizöl von 2,00 DM auf 6,85 DM je 100 kg angehoben wurde. Am 1. Juli 1991 folgte eine weitere Erhöhung auf 9,40 DM.

90er Jahre: Ölpreis wieder leicht rückläufig

Zu Anfang der 90er Jahre stieg der Ölpreis leicht an; 1990 lag der Jahresdurchschnittspreis mit 48,77 DM je 100 Liter um 12,4% über dem des Vorjahres. Dieses Ergebnis wurde mit geprägt durch die am 2. August 1990 begonnene Invasion der Truppen des Irak in den Nachbarstaat Kuwait. Dem schloss sich ab dem 17. Januar 1991 der eigentliche Golfkrieg an. Die Invasion führte zu schweren Turbulenzen auf den internationalen Öl-, Aktien- und Devisenmärkten. Vor dem Konflikt kostete ein

Barrel (159 Liter) Rohöl 19,35 US-Dollar, Ende September wurde auf dem Rotterdamer Ölmarkt der Rekordpreis von über 41 US-Dollar pro Barrel verlangt. Damit war Rohöl noch teurer als während der Ölkrise 1973 und 1979. Obwohl Deutschland im 1. Halbjahr 1990 nur 1,4% der Rohölimporte aus dem Irak und Kuwait bezog und Saudi-Arabien und andere Ölförderländer die Förderquoten steigerten – damit bestand kein Öllengpass für Deutschland –, erhöhten die Ölkonzerne die Preise. Für 100 Liter Heizöl mussten in Rheinland-Pfalz im August 1990 bereits 52,50 DM bezahlt werden, 34,5% mehr als im Vormonat mit 39,02 DM. Im Oktober wurden je 100 Liter schon 67,48 DM verlangt, 42% mehr als vor Jahresfrist. Danach fiel der Preis wieder.

In den Folgejahren kam es zu einer relativen Preisstabilisierung; es gab in den Jahren 1992, 1994, 1995 und 1998 sogar Rückgänge der Jahresdurchschnittspreise im Vergleich zum Vorjahr. Für 1998 fiel der Rückgang mit –16,9% sehr deutlich aus. Anfang 1999 wurden im Februar für 100 Liter 37,42 DM verlangt; einen solch niedrigen Preis gab es zuletzt im Dezember 1988 mit 33,21 DM. In den nächsten Monaten kam es zu einer fast stetigen monatlichen Preissteigerung, die im Dezember 1999 mit einem Wert von 64,55 DM je 100 Liter endete. Im Jahresmittel gab es ein Plus von 20,3%. Dieses Ergebnis wurde auch beeinflusst durch die ökologische Steuerreform; ab 1. April 1999 erhöhte sich die Verbrauchsteuer für Heizöl um 4 Pfennig je Liter. Zudem stieg die Mineralölsteuer für Heizöl zum gleichen Zeitpunkt von 80,00 auf 120,00 DM/m³.

Die Annahme, dass der Ölpreis seit 1970 stetig gestiegen ist, trifft nicht zu. In 13 Jahren kam es gegenüber dem Vorjahr zu einem Preisrückgang. Mit 27,44 DM je 100 Liter Heizöl wurde für den Zeitabschnitt 1970 bis 1979 ein deutlich niedrigerer Betrag errechnet als für die nächsten zehn Jahre mit 59,08 DM. In dieser Dekade gab es die höchsten Ölpreise. Die 90er Jahre wiesen einen Mittelwert von 47,60 DM auf.

OPEC kürzt Fördermengen – Ölpreise explodieren

Die jüngste Entwicklung der Ölpreise etwa ab Mitte des Jahres 1999 wird in ganz erheblichem Maße von der Entscheidung der OPEC tangiert, die Produktion einzuschränken, da der Preisverlauf nicht ihren Vorstellungen entsprach. Im Gegensatz zu früheren Abmachungen hielten sich die Mitglieder der OPEC dieses Mal an ihr Vorhaben. Die Preissteigerungen wurden unterstützt durch die wirtschaftliche Erholung in Asien und die damit verbundene Nachfragesteigerung sowie die deutliche Abwertung des zum 1. Januar 1999 als Buchgeld eingeführten Euro gegenüber dem US-Dollar. Diese Fakten beeinflussten den Jahresdurchschnittspreis von 50,63 DM und galten auch für die Preise im Jahr 2000. Bis April 2000 bildete sich ein 100-Liter-Preis von rund 65,00 DM; dann jedoch begann die Preisexplosion. Über 74,89 DM im Juli und 80,08 DM im August folgte im September ein früher nicht für möglich gehaltener Preis von 104,96 DM für 100 Liter Heizöl. Dieser Rekordwert lag um 80,2% über dem des Vorjahresmonats. Ebenfalls unerreicht ist der Jahresdurchschnitt mit 78,45 DM.

Die in den 70er Jahren zweimal aufgetretenen Unruhen auf dem Ölmarkt und die damit verbundenen Unsicherheiten auf diesem Preissektor mögen viele Bauher-

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1970 - 2000

Jahres- durchschnitt	Früheres Bundesgebiet		Deutschland			
	Gesamtlebenshaltung		Gesamtlebenshaltung		Gesamtlebenshaltung ohne flüssige Brennstoffe und Kraftstoffe	
	1995 = 100	Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorjahresmonat (%)	1995 = 100	Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorjahresmonat (%)	1995 = 100	Veränderung zum Vorjahr bzw. Vorjahresmonat (%)
1970	40,5	3,6
1975	54,5	6,0
1980	66,4	5,4
1985	80,2	2,0
1990	85,8	2,6
1991	89,0	3,7	87,2	.	.	.
1992	92,5	3,9	91,6	5,0	91,5	.
1993	95,8	3,6	95,7	4,5	95,6	4,5
1994	98,4	2,7	98,3	2,7	98,1	2,6
1995	100,0	1,6	100,0	1,7	100,0	1,9
1996	101,3	1,3	101,4	1,4	101,2	1,2
1997	103,2	1,9	103,3	1,9	103,1	1,9
1998	104,1	0,9	104,3	1,0	104,4	1,3
1999	104,8	0,7	104,9	0,6	104,7	0,3
2000	106,9	2,0	106,9	1,9	105,7	1,0
1999 Januar	103,9	0,2	104,1	0,2	104,3	0,5
Februar	104,1	0,2	104,3	0,2	104,6	0,5
März	104,3	0,5	104,4	0,4	104,6	0,6
April	104,6	0,7	104,8	0,7	104,6	0,5
Mai	104,7	0,5	104,8	0,4	104,8	0,3
Juni	104,8	0,4	104,9	0,4	104,8	0,1
Juli	105,3	0,7	105,4	0,6	105,1	0,2
August	105,3	0,8	105,3	0,7	104,9	0,1
September	105,0	0,8	105,1	0,7	104,6	0,1
Oktober	104,9	0,9	105,0	0,8	104,4	-
November	105,1	1,0	105,2	1,0	104,6	0,2
Dezember	105,5	1,3	105,5	1,2	104,8	0,3
2000 Januar	105,7	1,7	105,8	1,6	105,0	0,7
Februar	106,1	1,9	106,2	1,8	105,3	0,7
März	106,3	1,9	106,4	1,9	105,3	0,7
April	106,3	1,6	106,4	1,5	105,5	0,9
Mai	106,2	1,4	106,3	1,4	105,4	0,6
Juni	106,8	1,9	106,9	1,9	105,7	0,9
Juli	107,3	1,9	107,4	1,9	106,1	1,0
August	107,2	1,8	107,2	1,8	106,0	1,0
September	107,6	2,5	107,7	2,5	105,9	1,2
Oktober	107,4	2,4	107,5	2,4	105,9	1,4
November	107,7	2,5	107,7	2,4	106,2	1,5
Dezember	107,7	2,1	107,8	2,2	106,5	1,6

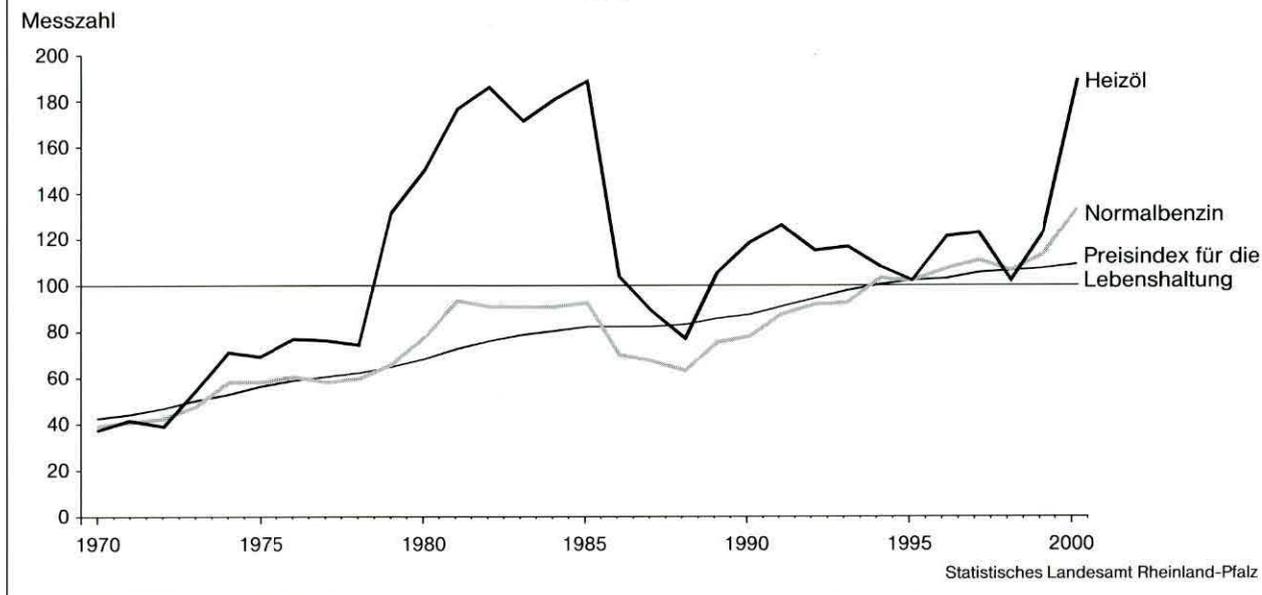
ren veranlasst haben, ihre Wohnungen statt mit Heizöl nun mit Gas zu beheizen. Diese Annahme wird durch die Ergebnisse der Baugenehmigungsstatistik bekräftigt.¹⁾ Danach sollten von den zwischen 1979 und 1983 genehmigten Wohnungen 44% ölbeheizt werden; in dem Zeitraum 1994 bis 1998 reduzierte sich der Anteil auf 27%. Auch Zählungen und Stichproben belegen die Abkehr vom Heizöl und die Hinwendung zum Gas, dessen Leitungsnetz in den letzten Jahren verstärkt erweitert wurde. Nach den Ergebnissen der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1972 wurden 77% der Zentralheizungen mit Heizöl betrieben, 1987 (Gebäude- und Wohnungszählung) noch 67% und 1998 (Mikrozensus-Zusatzerhebung) nur noch 48%.

1) Hawliczek, Ingo: Beheizung der Wohnungen – Wandel der Heizungsart und Energieträger, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 3/2000, S. 52 ff.

Heizöl mit höchster Preissteigerung

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stieg im früheren Bundesgebiet von 1970 bis 2000 um genau 164%. Im gleichen Zeitraum zog Marken-Normalbenzin im Land um 251% im Preis an. Diese Steigerungsrate wird vom leichten Heizöl weit überboten. Für die 31 Jahre errechnet sich eine Erhöhung von 427%. Zum Vergleich die Entwicklung bei Löhnen und Gehältern von 1970 bis 1999: Die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten stiegen im produzierenden Gewerbe in dieser Zeit um 366%, bei den Frauen sogar um 434%. Noch stärker waren die Erhöhungen im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe mit 427 bzw. 505%. Auch die Bruttostundenverdienste im produzierenden Gewerbe wiesen eine hohe Steigerungsrate auf: +376 bzw. +415%.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte und Messzahlen der Verbraucherpreise für Normalbenzin und Heizöl 1970 - 2000 im früheren Bundesgebiet
1995 = 100



Auswirkungen der hohen Kraftstoff- und Heizölpreise

Die in erster Linie auf die gestiegenen Rohölimportpreise und die Devisenkursentwicklung zurückzuführenden letzten Preissteigerungen bei Kraftstoffen und Heizöl zeigen Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Davon betroffen sind

- das Wirtschaftswachstum,
- die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate,
- der Außenbeitrag durch die höheren Ölrechnungen, da Deutschland fast vollständig auf Importe angewiesen ist.

Der sehr starke Ölpreisanstieg hat die Inflationsrate, gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte, nach oben getrieben. Durch die kräftige Verteuerung von Kraftstoffen und Heizöl im September 2000 stieg der Preisindex in jenem Monat um 2,5% gegenüber dem Vorjahresmonat, nachdem im August nur eine Steigerung von 1,8% ermittelt wurde. Werden Kraftstoffe und Heizöl aus dem September-Indexwert herausgerechnet, liegt die Zunahme nur noch bei 1,2%.

Welche Auswirkungen die hohen Energiepreise auf die Wirtschaft letztendlich haben werden, kann heute noch nicht quantifiziert werden. Dass die Entwicklung Folgen hat, ist nicht zu bezweifeln. Als Beispiel seien die Großhandelspreise genannt, die im Jahr 2000 wegen der teuren Mineralölprodukte so stark gestiegen sind wie seit 18 Jahren nicht mehr. Die Jahresrate von +5,5% läge ohne die Mineralölherzeugung bei +2,5%, nachdem 1999 noch ein Rückgang um 0,9% zu verzeichnen war. Auch die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte zogen stark an. Im Jahresdurchschnitt 2000 lagen sie um 3,4% über dem Durchschnittswert des Vorjahres; vergleichsweise war 1999 ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um genau 1% ermittelt worden. Nach wie vor ist die Entwicklung der Erzeugerpreise von den Preisveränderungen der Mineralölherzeugnisse geprägt. Diese verteuern

sich im Dezember 2000 im Vorjahresvergleich um 15,1%, gaben aber gegenüber dem Vormonat um 7,5% nach. In der Berechnung ohne Mineralölherzeugnisse stieg der Index zum Vorjahresmonat um 3,7% und gegenüber dem Vormonat geringfügig um 0,1%.

Wirtschaft und Regierung sind gefordert, energiesparende Maßnahmen voranzutreiben. Als Beispiele seien das schon lange in der Diskussion stehende 3-Liter-Auto und das 7-Liter-Haus genannt. Bei letzterem soll durch eine im Jahr 2001 zu verabschiedende Energiesparverordnung der Verbrauch von Heizstoffen um 30% sinken, das heißt durch bessere Isolierungen und moderne Heizanlagen soll der Verbrauch von heute zehn auf dann sieben Liter Erdöl pro Jahr und Quadratmeter gesenkt werden. Gestiegene Preise für Öl und Gas, aber auch eine verbesserte finanzielle Förderung trugen im Jahr 2000 sicherlich zur Entstehung von rund 80 000 neuen Solaranlagen in Deutschland bei. Erneuerbare Energien wie Wasserkraft, Erdwärme, Sonne und Wind sind in vielen Regionen der Erde noch ungenutzt. Noch immer setzen die meisten Länder auf herkömmliche Energieträger, wie die fossilen Rohstoffe Kohle, Erdöl und Erdgas, oder auf die Atomenergie. Nach Angaben der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) deckten im Jahr 1998 nur Island (66%) und Norwegen (44%) einen Großteil ihres Energiebedarfs durch erneuerbare Energien. Neuseeland (30%), Schweden (28%), Finnland und Österreich (je 22%) erreichten ebenfalls noch hohe Anteile. In Deutschland war die Nutzung alternativer Energiequellen mit 1,7% noch sehr bescheiden. Eine Weiterentwicklung dieser Technik bietet die Chance, die bestehende Abhängigkeit vom Rohöl zu verringern. Dieses erscheint wichtig, da die OPEC am 17. Januar 2001 in Wien beschlossen hat, die tägliche Öl-Fördermenge um etwas mehr als 5% oder 1,5 Mill. Barrel auf jetzt 25,2 Mill. Barrel pro Tag zu kürzen.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Ökologischer Landbau 1999

Der ökologische Landbau ist in jüngster Zeit vor allem auf Grund der BSE-Krise und der in diesem Zusammenhang geforderten Neuorientierung der Agrarpolitik verstärkt in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Diese schon seit mehr als 100 Jahren bekannte Bewirtschaftungsform führte im Vergleich zur konventionellen Landwirtschaft bisher eher ein Schattendasein. Die Übergänge zwischen beiden Bewirtschaftungsformen sind allerdings fließend, sodass keine exakte Definition des ökologischen Landbaus möglich ist.

Es lassen sich nur besondere Kennzeichen des ökologischen Landbaus nennen. So versucht er in noch stärkerem Maße als die konventionelle Landwirtschaft im Einklang mit der Natur zu wirtschaften und verzichtet weitgehend auf den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, die auf chemisch-synthetischem Weg hergestellt werden. Da in der konventionellen Landwirtschaft die genannten Produktionsmittel allerdings in unterschiedlicher Intensität eingesetzt werden, gibt es eine Vielzahl von Übergängen zwischen beiden Bewirtschaftungsarten.

Die Landwirte, die in der Vergangenheit den ökologischen Landbau einführten, zeichneten sich dadurch aus, dass sie mit dieser Form der Bewirtschaftung auch eine Lebenseinstellung verbanden. Die Betriebe des ökologischen Landbaus haben sich in verschiedenen Verbänden, wie z. B. Demeter, Bioland, Naturland oder ANOG, zusammengeschlossen. Die Verbände haben im Wesentlichen die Aufgabe, die Einhaltung der Bewirtschaftungsauflagen zu kontrollieren, die Betriebe zu beraten und die Vermarktung der Produkte zu organisieren.

EU hat rechtlichen Rahmen geschaffen

Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln hat nicht zuletzt unter Umweltgesichtspunkten in den letzten Jahren zugenommen, sodass

sich die Landwirte auch aus wirtschaftlichen Gründen für den ökologischen Landbau zu interessieren begannen. Sie sahen darin eine Möglichkeit, ihren Betrieb wirtschaftlich erfolgreich weiterzuführen. Mit der zunehmenden Verbreitung des ökologischen Landbaus hat die Europäische Kommission Mindeststandards definiert, die erfüllt sein müssen, um Produkte unter dem Begriff „ökologisch“ vermarkten zu können. Sie sind in der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91 des Rates vom 24. Juni 1991 über den ökologischen Landbau und die entsprechende Kennzeichnung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Lebensmittel im Einzelnen niedergelegt. Damit die Einhaltung der Vorschriften sichergestellt werden kann, müssen dementsprechend die Mitgliedstaaten Kontrollstellen einrichten.

Die Bewirtschaftungsauflagen der EG-Verordnung 2092/91 sind geringer als die der eingangs genannten nationalen Verbände. Im Gegensatz zu diesen, die die Umstellung des ganzen Betriebes auf den ökologischen Landbau vorsehen, kann nach der genannten EG-Verordnung auch für nur einen Produktionsbereich eines Betriebes die ökologische Bewirtschaftung eingeführt werden.

Im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1999 war es vorgesehen, die landwirtschaftlichen Betriebe zu fragen, ob sie nach den Richtlinien der genannten EG-Verordnung wirtschaften. In Rheinland-Pfalz wurde auf diese Frage im Erhebungsbogen verzichtet; stattdessen wurden die Adressen von der beim rheinland-pfälzischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau eingerichteten Kontrollstelle genutzt und diese Informationen in die Aufbereitung der Ergebnisse übernommen. Eine Unterscheidung in Betriebe, die vollständig oder die nur bestimmte Produktionsbereiche umgestellt hatten, war im Rahmen der Landwirtschaftszählung 1999 nicht vorgesehen. Man kann jedoch davon ausgehen, dass nur wenige Betriebe nicht vollständig auf die ökologische Wirtschaftsweise umgestellt haben. Im Folgenden werden die entsprechenden Ergebnisse aus der Landwirtschaftszählung 1999 dargestellt.

Landwirtschaftliche Betriebe 1999 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)

Betriebsgrößenklasse nach der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) von ... ha	Insgesamt		Konventionell wirtschaftende Betriebe		Ökologisch wirtschaftende Betriebe			
	Betriebe	LF	Betriebe		LF	Betriebe		LF
	Anzahl	ha	Anzahl	%	ha	Anzahl	%	ha
unter 2	8 170	7 439	8 143	23,2	7 407	27	7,3	32
2 - 5	7 187	23 521	7 139	20,3	23 362	48	12,9	159
5 - 10	5 307	37 804	5 240	14,9	37 323	67	18,0	481
10 - 20	4 949	71 251	4 887	13,9	70 396	62	16,7	855
20 - 30	2 346	57 988	2 311	6,6	57 109	35	9,4	878
30 - 50	3 116	121 650	3 068	8,7	119 797	48	12,9	1 853
50 - 75	2 024	124 405	1 983	5,6	121 861	41	11,0	2 544
75 - 100	1 141	98 178	1 118	3,2	96 153	23	6,2	2 025
100 und mehr	1 235	173 596	1 214	3,5	170 646	21	5,6	2 949
Insgesamt	35 475	715 831	35 103	100	704 054	372	100	11 777

370 Betriebe wirtschaften ökologisch

Von den insgesamt bei der Landwirtschaftszählung 1999 erfassten 35 475 Betrieben unterlagen rund 370, das ist gut 1% der Gesamtzahl, dem Kontrollverfahren zur Überwachung der Vorschriften der EG-Verordnung 2092/91. Es handelte sich dabei um Betriebe, die 2 ha und mehr landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF) bewirtschafteten, oder um Betriebe, die weniger als 2 ha LF hatten, aber auf Freilandflächen von mehr als 30 Ar oder Gewächshausflächen von 3 Ar und mehr Sonderkulturen anbauen oder deren Viehbestände gesetzlich festgelegte Größen überstiegen. Diese Betriebe verfügten über knapp 12 000 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, womit sich eine durchschnittliche Betriebsgröße von über 31 ha errechnet. Die konventionell wirtschaftenden Betriebe erreichten dagegen durchschnittlich nur gut 20 ha.

Die Unterschiede in der durchschnittlichen Betriebsgröße spiegeln sich auch in der Gliederung der Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche wieder. So wiesen 5,6% der Öko-Betriebe eine Größe von 100 ha und mehr auf. Von den übrigen Betrieben fielen nur 3,5% in diese Größenklasse. Über eine Betriebsgröße zwischen 75 bis 100 ha verfügten 6,2% der Öko-Betriebe. Der Anteil lag damit fast doppelt so hoch wie bei der konventionellen Landwirtschaft.

Landwirtschaftliche Einzelunternehmen 1999 nach Art der Bewirtschaftung und sozialökonomischen Betriebstypen

Sozialökonomischer Betriebstyp	Betriebe		LF
	Anzahl	%	ha
Konventionell wirtschaftende Betriebe			
Haupterwerbsbetriebe	12 798	38,5	453 899
Nebenerwerbsbetriebe	20 436	61,5	178 341
Zusammen	33 234	100	632 240
Ökologisch wirtschaftende Betriebe			
Haupterwerbsbetriebe	204	60,5	7 402
Nebenerwerbsbetriebe	133	39,5	2 611
Zusammen	337	100	10 013
Einzelunternehmen insgesamt			
Haupterwerbsbetriebe	13 002	38,7	461 301
Nebenerwerbsbetriebe	20 569	61,3	180 952
Insgesamt	33 571	100	642 253

Die deutlich bessere Flächenausstattung der Öko-Betriebe ist nicht zuletzt ein Grund für den hohen Anteil an Haupterwerbsbetrieben. Immerhin 61% der ökologisch wirtschaftenden Familienbetriebe wurden im Haupterwerb bewirtschaftet. Bei den übrigen Betrieben waren es nur 39%.

Gut 24% der Familienbetriebe mit ökologischer Wirtschaftsweise, deren Inhaber 45 Jahre und älter waren, verfügten über einen Hofnachfolger. Bei den konventionell bewirtschafteten Betrieben waren es mit knapp 19% deutlich weniger. Die Inhaber eines Öko-Betriebes sehen damit auch langfristig gute Chancen ihre Betriebe weiterzuführen.

Mit der Betriebssystematik für die landwirtschaftlichen Betriebe kann der betriebliche Produktionsschwerpunkt aufgezeigt werden. Sowohl bei den ökologisch als auch bei den konventionell wirtschaftenden Betrieben hat die Betriebsform „Dauerkulturen“ mit 41 bzw. 46% den höchsten Anteil. Die meisten der ökologisch wirtschaftenden Dauerkulturbetriebe sind Weinbaubetriebe, die ihren Wein u. a. unter dem Label ECOVIN vermarkten. Der Obstbau hat unter den ökologischen Betrieben mit 3,5% eine etwas größere Bedeutung als im konventionellen Anbau (2,7%). Die Betriebsformen „Futterbau“ und „Marktfruchtbau“ weisen etwa die gleichen Anteile auf wie im konventionellen Anbau.

Öko-Betriebe haben vielseitige Bodennutzung

Da ökologisch wirtschaftende Betriebe keine chemisch-synthetisch hergestellten Düngemittel einsetzen, müssen sie durch geeignete Fruchtfolgen sowie durch organische Düngemittel den Nährstoffgehalt der Böden sicherstellen. Sie versuchen darüber hinaus die Kulturpflanzen durch eine vielseitige Bodennutzung vor pflanzlichen und tierischen Schadorganismen zu schützen. Die Bodennutzung der Öko-Betriebe weist daher gegenüber dem Gros der Betriebe einige Besonderheiten auf.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche setzt sich bei den Öko-Betrieben im Wesentlichen aus Ackerland (49%), Dauergrünland (41%) und Dauerkulturen (10%) zusammen. Unterschiede zu den konventionellen Betrieben weisen die Anteile beim Ackerland und Dauergrünland auf, die bei diesen 56% bzw. nur 34% ausmachen. Der Anteil des Ackerlandes, den die Öko-Betriebe mit Getreide bestellen, lag 1999 bei 45%. Die übrigen Betriebe erreichten dagegen 63%. Die wichtigste Getreideart bei den Öko-Betrieben war 1999 Weizen; er wuchs auf 16% des Ackerlandes und lag damit 5 Prozentpunkte unter dem Anteil für konventionelle Betriebe.

Sommergerste bauten die Öko-Betriebe auf nur 8% des Ackerlandes an. Bei den konventionellen Betrieben war sie 1999 die wichtigste Getreideart (22%). Ein Grund für den Unterschied dürfte der fehlende Markt für ökologisch erzeugte Braugerste sein. Die Öko-Betriebe können für ihre Braugerste keine höheren Verkaufspreise erzielen, sodass ihr Anbau wirtschaftlich nicht interessant ist. Dies trifft dagegen für Roggen zu, der vorwiegend zur Brotherstellung verwendet wird. Er wuchs 1999 auf über 6% des Ackerlandes. Im konventionellen Anbau erreichte er nur einen Anteil von 3,2%. Hafer, der ansonsten nur auf 3,4% des Ackerlandes kam, beanspruchte im ökologischen Landbau 5% des Ackerlandes. Die Verkaufsmöglichkeit als Rohstoff für die Haferflockenproduktion dürfte mit ein Grund für den hohen Anteil sein.

Eine weitere wichtige Ackerfrucht im ökologischen Anbau ist die Kartoffel. Sie wird auf 5,6% des Ackerlandes angebaut und überwiegend als Speisekartoffel, vielfach in Direktvermarktung, verkauft. Im konventionellen Anbau entfielen nur 2,6% des Ackerlandes auf Kartoffeln.

Bodennutzung der landwirtschaftlichen Betriebe 1999 nach Art der Bewirtschaftung

Bodennutzung	Insgesamt		Konventionell wirtschaftende Betriebe		Ökologisch wirtschaftende Betriebe	
	ha	%	ha	%	ha	%
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	715 831	100	704 054	100	11 777	100
darunter						
Dauerkulturen	73 543	10,3	72 348	10,3	1 195	10,1
Dauergrünland	242 762	33,9	237 951	33,8	4 811	40,9
Ackerland	398 938	55,7	393 174	55,8	5 764	48,9
Ackerland	398 938	100	393 174	100	5 764	100
darunter						
Getreide	248 356	62,3	245 768	62,5	2 588	44,9
darunter						
Weizen	82 462	20,7	81 571	20,7	891	15,5
Roggen	12 773	3,2	12 409	3,2	364	6,3
Wintergerste	32 411	8,1	32 339	8,2	72	1,2
Sommergerste	85 193	21,4	84 710	21,5	483	8,4
Hafer	13 726	3,4	13 437	3,4	289	5,0
Hülsenfrüchte	4 527	1,1	4 221	1,1	306	5,3
Hackfrüchte	34 537	8,7	34 150	8,7	387	6,7
darunter						
Kartoffeln	10 434	2,6	10 110	2,6	324	5,6
Zuckerrüben	23 300	5,8	23 254	5,9	46	0,8
Ölfrüchte	36 313	9,1	36 064	9,2	249	4,3
darunter						
Winterraps	29 769	7,5	29 652	7,5	117	2,0
Futterpflanzen	33 031	8,3	31 689	8,1	1 342	23,3
darunter						
Silomais	15 363	3,9	15 339	3,9	24	0,4
Klee und Klee-Gras	7 618	1,9	6 518	1,7	1 100	19,1
stillgelegte Flächen einschließlich						
sonstige Brache	29 317	7,3	28 838	7,3	479	8,3

Leguminosenanbau zur Nährstoffgewinnung

Der Anteil der Hülsenfrüchte, auch Körnerleguminosen genannt, wie Ackerbohnen und Erbsen lag bei den Öko-Betrieben mit 5,3% fast fünfmal so hoch wie bei den konventionell wirtschaftenden Betrieben. Leguminosen sind in der Lage den Luftstickstoff zu binden und ihn als Pflanzennährstoff im Boden anzusammeln. Damit wird eine Stickstoffdüngung teilweise überflüssig.

Eine weitere Möglichkeit der Stickstoffanreicherung ist der Anbau von Klee oder Klee-Gras-Gemischen. Sie nahmen 19% des Ackerlandes der Öko-Betriebe ein. Der Klee- und Klee-Gras-Anbau stellt gleichzeitig den wesentlichen Teil des Futterpflanzenanbaus, der mit fast einem Viertel der Ackerfläche die Versorgung mit wirtschaftseigenen Futtermitteln für die Viehhaltung sicherstellen soll. Im konventionellen Anbau nahmen die Futterpflanzen nur einen Anteil von 8% ein, wobei die wichtigste Futterpflanze hier der Silomais war. Er liefert im Gegensatz zu Klee oder Klee-Gras nur bei hohen Düngergaben zufrieden stellende Erträge.

Ein weiteres Kennzeichen der Öko-Betriebe ist der verbreitete Zwischenfruchtanbau, durch den bei einer geeigneten Auswahl an Zwischenfruchtarten ebenfalls Stickstoff im Boden angesammelt werden kann. Fast 7%

des Ackerlandes werden für den Anbau von Zwischenfrüchten genutzt, die überwiegend zu Gründüngungszwecken verwendet werden.

Deutliche Unterschiede in der Viehhaltung

Die Viehhaltung ist neben der pflanzlichen Produktion der zweite wichtige Produktionsbereich in der Landwirtschaft. Die Öko-Betriebe, weisen auch hier deutliche Unterschiede zu den übrigen Betrieben auf. Durch das Bestreben der Öko-Betriebe in einem möglichst geschlossenen Kreislauf zu wirtschaften, ergeben sich nur begrenzte Möglichkeiten des Zukaufs von Futtermitteln für die tierische Produktion. Damit darf die Tierhaltung nur so groß sein, wie auf den Flächen des Betriebes Futter erzeugt werden kann.

Die 195 viehhaltenden Betriebe mit einer ökologischen Wirtschaftsweise erreichten 1999 einen Viehbesatz von lediglich 0,65 Großvieheinheiten (GV) je ha LF. Die konventionellen Betriebe mit Viehhaltung kamen auf einen Tierbesatz von gut 0,84 GV je ha LF. Die Großvieheinheit ist ein Umrechnungsschlüssel für die verschiedenen Nutztierarten auf der Basis des Lebendgewichtes (ca. 500 kg) der einzelnen Tierarten. 1 GV entspricht einer Milchkuh oder drei Zuchtsauen.

Viehhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe 1999 nach Art der Bewirtschaftung

Tierart	Insgesamt		Konventionell wirtschaftende Betriebe				Ökologisch wirtschaftende Betriebe			
	Betriebe	Tiere	Betriebe		Tiere		Betriebe		Tiere	
					insgesamt	je Betrieb			insgesamt	je Betrieb
	Anzahl		%	Anzahl		%	Anzahl			
Rinder	9 039	457 228	8 906	100	450 916	50,6	133	100	6 312	47,5
darunter										
Milchkühe	4 291	136 392	4 249	47,7	135 366	31,9	42	31,6	1 026	24,4
Ammen- und Mutterkühe	4 009	52 208	3 916	44,0	50 627	12,9	93	69,9	1 581	17,0
Schweine	4 253	379 274	4 182	100	376 681	90,1	71	100	2 593	36,5
darunter										
Mastschweine	2 785	138 662	2 729	65,3	137 302	50,3	56	78,9	1 360	24,3
Zuchtsauen	1 161	38 574	1 140	27,3	38 400	33,7	21	29,6	174	8,3
Schafe	1 838	144 943	1 788	X	138 990	77,7	50	X	5 953	119,1

Die 130 rinderhaltenden Betriebe verfügten mit knapp 48 Rindern je Betrieb im Durchschnitt nur über drei Rinder weniger als die konventionellen Betriebe. Unterschiedlich ist jedoch die Zusammensetzung der Rinderbestände. Die Öko-Betriebe hielten im Durchschnitt 17 Ammen- und Mutterkühe, die sich besonders für eine mehr extensive Wirtschaftsweise eignen, während die ammen- und mutterkuhhaltenden Betriebe des konventionellen Landbaus nur auf 13 Tiere kamen. Umgekehrt dagegen sind die Verhältnisse im Bereich der Milchkuhhaltung. Die konventionellen Milchkuhhalter hielten 1999 rund 32 Milchkühe. Bei den Öko-Betrieben standen dagegen nur 24 Milchkühe in den Ställen.

Größere Unterschiede gibt es im Bereich der Schweinehaltung. Sie hat im ökologischen Landbau wesentlich geringere Bedeutung als in der konventionellen Landwirtschaft. Die 71 Schweinehalter mit ökologischer Bewirtschaftung hielten im Durchschnitt knapp 37 Schweine. In der konventionellen Landwirtschaft waren es dagegen mehr als 90 Tiere. Da die Schweinehaltung zu den flächenunabhängigeren Produktionsverfahren gehört, kann durch den Zukauf von Futtermitteln der konventionell wirtschaftende Landwirt auf der gleichen Fläche einen größeren Schweinebestand halten als der Öko-Betrieb.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Der gewaltsame Tod

– Eine Kommentierung der nicht natürlichen Todesfälle 1998 und 1999 –

Pro Jahr sterben rund 1 400 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer einen nicht natürlichen Tod. Zu diesem Kreis zählen alle Personen, die in unmittelbarer Folge einer äußeren Ursache – sei es Unfall, Gewaltverbrechen oder Selbstmord – ihr Leben lassen. Sie erliegen damit gewaltsamen äußeren Einflüssen, bevor ihre „biologische Lebensuhr“ abgelaufen ist.

Im Folgenden werden insbesondere geschlechts-, alters- und jahreszeitlich bedingte Auffälligkeiten beim Auftreten nicht natürlicher Todesursachen kommentiert. Die Aussagen basieren auf den Ergebnissen der Todesursachenstatistik 1998 und 1999. Angesichts der in einzelnen Ursachengruppen statistisch geringen Fallzahlen wird die Datenanalyse auf einen zweijährigen Beobachtungszeitraum gestützt.

Die meisten Unfall- und Gewaltopfer erliegen tödlichen Kopf- und Halsverletzungen

In den Jahren 1998 und 1999 wurden 2 857 Personen Opfer von Verletzungen, Vergiftungen und bestimmten sonstigen Folgen äußerer Ursachen. Von diesen begingen 1 200 Selbstmord. Mehr als 500 dieser Suizidenten erhängten sich, 225 vergifteten sich durch Arzneimittel, Drogen, Alkohol, Chemikalien oder andere schädliche Substanzen. 146 Selbstmörder setzten Feuerwaffen oder Explosivstoffe ein, 136 stürzten sich in den Tod.

742 Menschen starben infolge eines „Transportmittelunfalls“, unter ihnen waren 367 Pkw-Insassen, 110 Motorradfahrer bzw. -beifahrer, 94 Fußgänger und 51 Radfahrer. 374 Personen erlagen Verletzungen, die sie sich

bei einem Sturz zuzogen. 225 Menschen erlitten der gewaltsame Tod durch eine unfallbedingte Atmungsgefährdung, so auch 40 Menschen, die ertranken. Weitere 82 Personen wurden Opfer eines tätlichen Angriffs, 69 starben an Verletzungen infolge von Bränden.

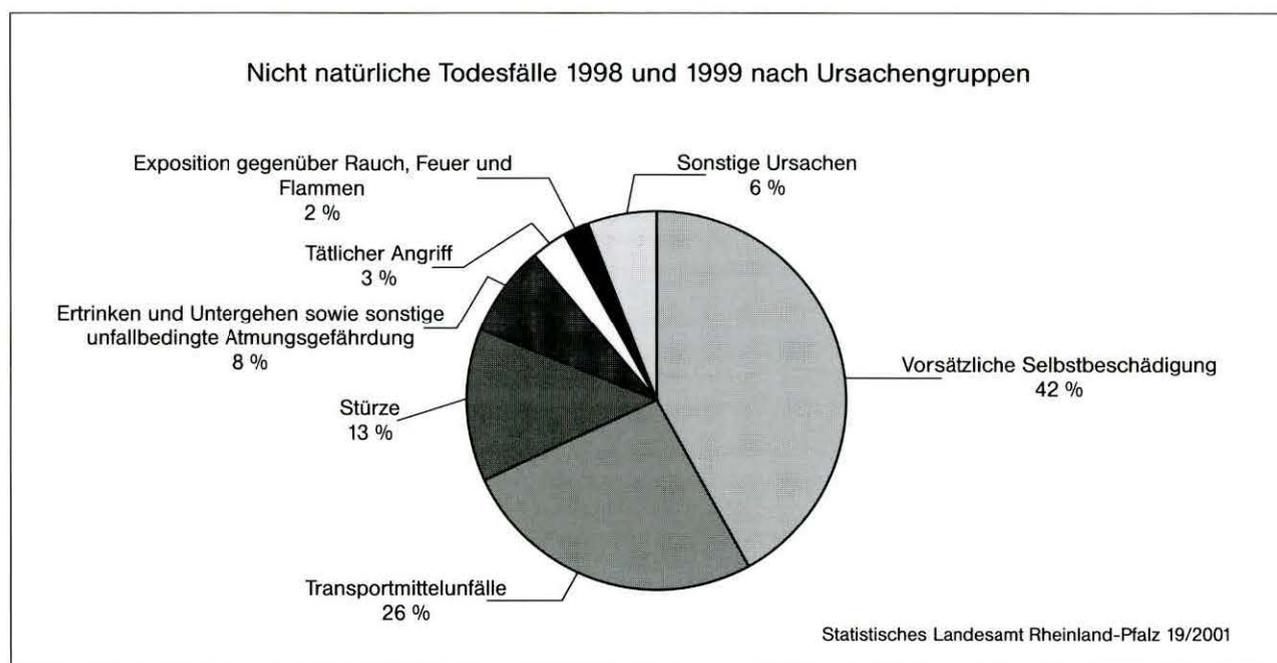
Von den im Beobachtungszeitraum registrierten 1 504 Unfalldoten¹⁾ starben 51 infolge eines Arbeits- und zwölf an den Folgen eines Schulunfalls. 438 Menschen kamen bei einem häuslichen Unfall und weitere 19 Personen bei einem Sport- bzw. Spielunfall ums Leben.

Rund ein Drittel aller eines nicht natürlichen Todes Verstorbenen erlag den Folgen schwerer Kopf- bzw. Halsverletzungen. Sowohl bei den durch Transportmittelunfälle ums Leben gekommenen als auch bei den Todesopfern infolge von Stürzen sowie den Opfern von Gewaltverbrechen führten zumeist Kopf- und Halsverletzungen zum Tod.

Männer leben gefährlicher

Fast 70% der eines unnatürlichen Todes Gestorbenen waren männlichen Geschlechts. Lediglich bei den Opfern von Bränden sowie den Personen, die aufgrund einer unfallbedingten Atmungsgefährdung (insbesondere durch Aspiration von Mageninhalt, Nahrungsmitteln oder Sonstigem) aus dem Leben schieden, waren Frauen stärker betroffen als Männer. Infolge von Gewaltverbrechen kamen etwa gleich viele Frauen wie Männer ums Leben. Bei allen anderen Ursachengruppen zeigt sich demgegenüber ein deutlich höheres geschlechtsspezifisches Risiko von Jungen und Männern. Dies gilt für nahezu alle Unfallarten und auch für Selbstmord. So waren mehr als drei Viertel der Verkehrstoten, mehr als 80% der unfallbedingt Ertrunkenen und nahezu drei Viertel der Suizidenten Männer.

1) Zu den Unfalldoten zählen alle nicht natürlichen Todesfälle mit Ausnahme der Suizidenten, der Opfer von tätlichen Angriffen und der gewaltsam Verstorbenen, die aufgrund eines unbestimmten Ereignisses ums Leben kamen.



Nicht natürliche Todesfälle 1998 und 1999 nach Ursache und Geschlecht

Ursache	Insgesamt	Männlich		Weiblich	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Vorsätzliche Selbstbeschädigung	1 200	897	74,8	303	25,3
Transportmittelunfall und zwar tödlich verletzt als	742	566	76,3	176	23,7
Fußgänger/-in	94	70	74,5	24	25,5
Radfahrer/-in	51	38	74,5	13	25,5
Motorrad-Nutzer/-in	110	103	93,6	7	6,4
Pkw-Nutzer/-in	367	263	71,7	104	28,3
sonstige(r) Beteiligte(r)	120	92	76,7	28	23,3
Sturz	374	217	58,0	157	42,0
Ertrinken und Untergehen sowie sonstige unfallbedingte Atmungsgefährdung	225	116	51,6	109	48,4
Tätlicher Angriff	82	42	51,2	40	48,8
Exposition gegenüber Rauch, Feuer und Flammen	69	30	43,5	39	56,5
Sonstige Ursache	165	122	73,9	43	26,1
Insgesamt	2 857	1 990	69,7	867	30,3

Senioren besonders gefährdet

Ältere Menschen sterben sowohl absolut als auch relativ überproportional häufig eines unnatürlichen Todes. In dem Quotienten

$$R = \frac{M}{B} = \frac{\sum M_i}{\sum B_i}$$

mit: M an nicht natürlichen Todesursachen Verstorbene

B Wohnbevölkerung

i Altersgruppe von ... bis unter ... Jahre

spiegelt sich das kumulierte Unfall- und Selbstmordrisiko der Gesamtbevölkerung wider. In den altersgruppenspezifisch errechneten Werten dieser Verhältniszahl

$$R_i = \frac{M_i}{B_i}$$

kommt dementsprechend das Sterberisiko der jeweiligen Altersgruppe zum Ausdruck. Die Verteilung dieser altersklassenspezifisch errechneten Risikoquotienten zeigt in ihrer links-schiefen Struktur sehr plastisch das mit zunehmendem Lebensalter progressiv ansteigende Gesamtrisiko, Opfer eines Unfalls, Gewaltverbrechens oder Suizids zu werden.

Während von der Gesamtbevölkerung rund 0,4‰ pro Jahr gewaltsam aus dem Leben scheiden, liegt die Wahrscheinlichkeit bei den 75- bis 79-Jährigen annähernd doppelt so hoch. Bei den 80- bis 84-Jährigen beträgt sie das Dreifache und bei den über 84-Jährigen rund das Vierfache der Gesamtwahrscheinlichkeit. Demgegenüber unterliegen Kinder einem deutlich unterdurchschnittlichen Risiko.

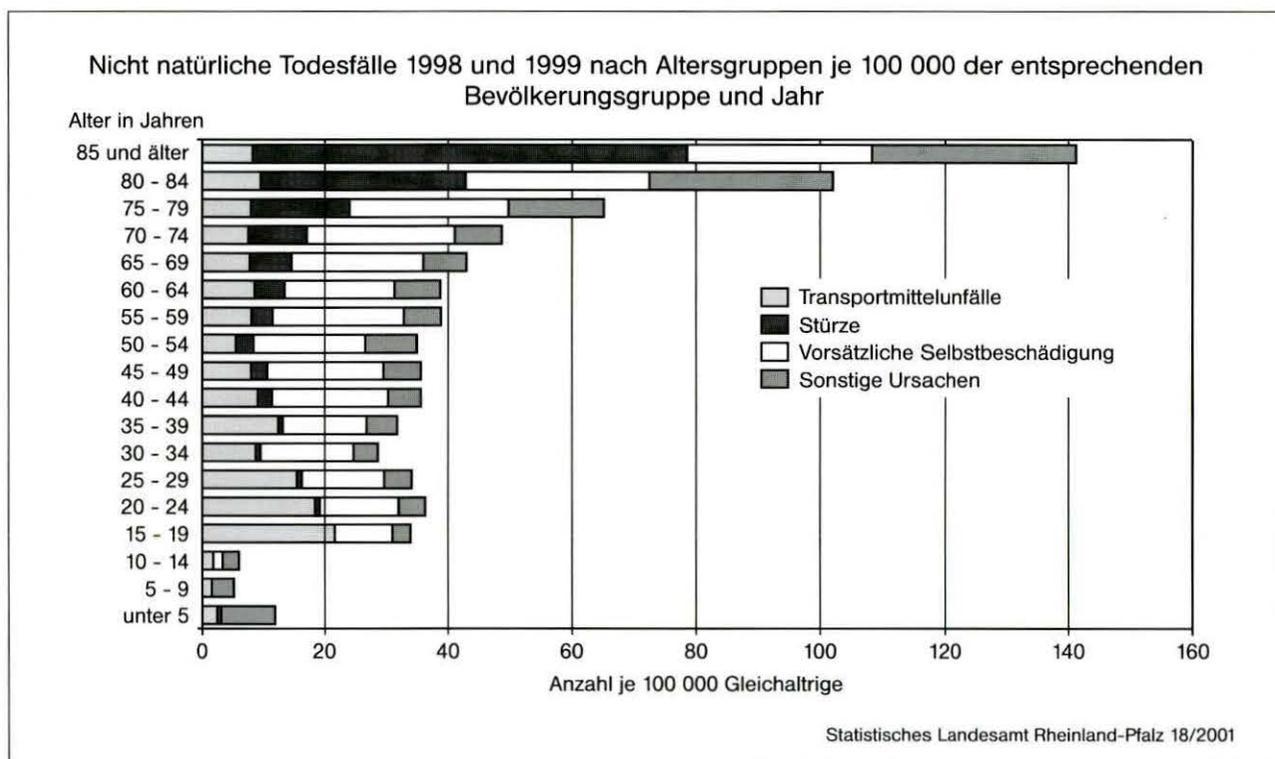
Betrachtet man isoliert die bei Transportmittelunfällen ums Leben Gekommenen, so zeigt sich, dass hier insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene die am stärksten gefährdete Risikogruppe sind. Dies gilt sowohl für Unfälle, bei denen Pkw-Insassen ums Leben kamen, als auch für Motorradunfälle mit Todesfolge.

Auch von Verkehrsunfällen mit einem für Fußgänger tödlichen Ausgang sind insbesondere 15- bis 24-Jährige deutlich stärker betroffen als andere Altersgruppen. Speziell als Fußgänger und Radfahrer sind jedoch auch Seniorinnen und Senioren überdurchschnittlich gefährdet.

Bei den nicht natürlichen Sterbefällen, die auf unfallbedingte Atmungsgefährdungen durch das Eindringen fester oder flüssiger Stoffe in die Atemwege zurückzuführen sind, bei den Brandopfern, aber auch insbesondere bei den durch Sturz tödlich Verletzten handelt es sich überproportional häufig um ältere Menschen. So unterliegen 70- bis 74-Jährige einem doppelt so hohen, 75- bis 79-Jährige einem dreifach, 80- bis 84-Jährige einem sechsfach und die über 84-Jährigen gar einem vierzehnfach überhöhten Risiko an einer Sturzverletzung zu sterben. Wie bereits eingangs erwähnt, endeten im Beobachtungszeitraum insgesamt 374 Leben durch Sturzverletzungen, die sich eine Vielzahl der Betroffenen durch das Fallen auf bzw. von Treppen, Stufen oder Leitern zugezogen hatte. Mehr als 70% dieser Unfallopfer waren über 64 Jahre alt, fast 30% der Betroffenen hatten bereits das 85. Lebensjahr vollendet. Stürze mit Todesfolge sind bei älteren Menschen im Hinblick auf den gewaltsamen Tod die Sterbeursache Nummer eins.

Selbstmord häufiger als Verkehrsunfalltod

In den beiden Beobachtungsjahren setzten insgesamt 1 200 Menschen ihrem Leben selbst ein Ende. Damit verstarben rund 60% mehr durch die „eigene Hand“, als bei Verkehrsunfällen ums Leben kamen. Auch in dieser Todesursachengruppe steigt mit zunehmendem Alter das Risiko spürbar an. Offenbar tragen altersbedingte Lebensumstände, wie körperliche Gebrechen und Einsamkeit, ggf. gepaart mit einer im Alter sinkenden Hemmschwelle zur Selbsttötung, dazu bei, dass beispielsweise die Suizidrate bei den über 80-Jährigen einen doppelt so hohen Wert wie in der Gesamtbevölkerung aufweist.



Alle Jahreszeiten bergen spezifische Risiken

Im Durchschnitt sterben Tag für Tag fast vier Personen einen gewaltsamen Tod. Diese Sterbefälle verteilen sich nicht gleichmäßig über das gesamte Jahr. Insbesondere Unfälle und Suizide unterliegen offensichtlich jahreszeitlich bedingten Einflussfaktoren.

So sind mehr als 36% der gestorbenen Brandopfer in den Monaten November und Dezember zu beklagen. Sie entfallen damit auf die Jahreszeit, in der einerseits witterungsbedingt und andererseits festtagsbedingt überdurchschnittlich viel mit offenen Flammen umgegangen wird. Tödliche Badeunfälle häufen sich demgegenüber in den Monaten Juli und August, der Hauptbadesaison. Der März und der November sind die Monate mit den höchsten Suizidraten. So sterben an jedem März- und an jedem Novembertag im Durchschnitt annähernd zwei Menschen an den Folgen einer vorsätzlichen Selbstbeschädigung. In der Winterzeit – insbesondere im Januar und Februar – sowie im September und Oktober enden überdurchschnittlich viele Leben durch einen tödlichen Sturz.

Der Mai und die auf ihn folgenden Sommermonate sind die unfallträchtigste Jahreszeit auf unseren Stra-

ßen. In diesen Monaten passieren die meisten tödlichen Verkehrsunfälle. Dies ist offensichtlich darauf zurückzuführen, dass in diesen Monaten witterungs-, aber auch freizeitbedingt besonders viele Menschen am Verkehrsgeschehen teilnehmen. Zudem sind in den Sommermonaten besondere Risikogruppen wie Fahrrad- und Motorradfahrer häufiger auf den Straßen vertreten. Im Jahresdurchschnitt stirbt Tag für Tag ein Mensch an den tödlichen Verletzungen, die er sich infolge eines Verkehrsunfalls zugezogen hat. In der Ausflugs- und Reisezeit von Mai bis August fordert der Straßenverkehr im Tagesdurchschnitt 20% mehr Todesopfer als über das gesamte Jahr hinweg gesehen. Die sich anschließenden Herbstmonate Oktober und November bergen insbesondere für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer ein erhöhtes Gefährdungsrisiko. So kommen außer in den Sommermonaten auch noch im Oktober vergleichsweise viele Fahrradfahrer ums Leben, und der November ist der Monat, der unter den Fußgängern mit Abstand die meisten Todesopfer fordert. Im Durchschnitt stirbt an jedem zweiten Novembertag ein Fußgänger an den tödlichen Folgen eines Verkehrsunfalls.

Diplom-Volkswirt Gerd Reh

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999			2000				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 020	4 028	4 033	4 031	4 031
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 814	1 887	1 609	1 208	2 261	2 253 ^P	1 609
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,4	5,6	4,7	3,6	6,6	6,8 ^P	4,7 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 303	3 183	3 055	2 901	3 061
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	9,5	8,9	8,8	8,9
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 559	3 544	3 499	3 426	3 727
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	10,6	10,2	10,3	10,9
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	14	15	17	14	14
je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	4,3	4,6	5,4	4,7	4,3
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 256	- 361	- 444	- 525	- 666
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 1,1	- 1,3	- 1,6	- 1,9
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	8 967	9 284	11 257	9 013	9 384
Fortgezogene	Anzahl	8 116	8 439	10 822	9 618	9 702
Wanderungssaldo	Anzahl	851	845	435	- 605	- 318
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 867	13 678	14 506	13 831	17 119
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	156 654	149 361	140 180	142 886	149 027	127 859	125 226	127 478	134 420
Männer	Anzahl	88 177	82 051	74 555	76 701	82 031	66 842	65 447	67 134	72 457
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 021	7 733	5 959	6 457	7 825	5 327	5 256	5 815	7 083
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	46 932	44 070	39 679	40 632	42 874	34 382	33 822	34 947	37 310
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	8,8	8,2	7,7	7,8	8,2	6,6	6,5	6,6	6,9
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	9,7	9,1	8,5	8,7	9,1	7,3	7,2	7,3	7,7
Offene Stellen	Anzahl	27 279	29 696	23 013	21 778	23 049	32 491	26 026	25 521	26 383
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	799	961	929	795	640	1 052	929	776	615
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 719	6 206	6 509	6 059	5 667	7 397	7 533	6 980	6 585
Kurzarbeiter	Anzahl	4 316	4 887	4 147	3 353	3 212	1 501	1 848	1 783	1 630
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁸⁾										
Rinder	t	12 389	12 637	13 015	14 229	13 267	11 809	12 515	12 849	11 020
Kälber	t	3 196	3 207	3 454	4 146	3 719	2 916	3 075	3 494	1 996
Schweine	t	28	29	29	38	58	24	30	41	39
Schweine	t	9 045	9 276	9 407	9 906	9 320	8 748	9 284	9 173	8 766
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	62 394	63 124	60 917	57 784	61 566	59 077	59 054	56 003	60 245
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen	1 000	15 581	14 290	13 866	14 349	14 497	13 716	13 915	12 896	13 080
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 276	2 275	2 294	2 293	2 293	2 303	2 299	2 299	2 299
Beschäftigte	1 000	312	308	307	307	306	305	303	303	302
Arbeiter ¹⁰⁾	1 000	200	197	197	196	195	194	193	193	192
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	26 611	26 090	26 745	27 381	24 672	25 983	25 922	26 786	23 159
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 711	1 698	1 612	2 301	1 698	1 621	1 639	2 338	1 693
Löhne	Mill. DM	913	903	875	1 191	904	861	887	1 210	887
Gehälter	Mill. DM	798	796	738	1 110	794	760	752	1 128	806
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 480	9 478	9 700	10 126	10 008	10 391	10 480	10 557	9 974
Auslandsumsatz	Mill. DM	3 876	3 892	3 975	4 154	4 178	4 198	4 403	4 374	3 965
Exportquote ¹¹⁾	%	40,9	41,1	41,0	41,0	41,7	40,4	42,0	41,4	39,8

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In- und ausländischer Herkunft. – 9) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 10) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 11) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Kohleverbrauch ¹⁾	1 000 GJ	4 311	2 673	-	-	2 575	1 773	-	-	1 701
Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ¹⁾²⁾	Mill. kWh	9 686	10 093	-	-	10 843	9 270	-	-	10 519
Heizölverbrauch ¹⁾	1 000 t	65	67	-	-	74	49	-	-	53
davon										
leichtes Heizöl	1 000 t	33	35	-	-	43	20	-	-	30
schweres Heizöl	1 000 t	32	32	-	-	31	29	-	-	23
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 146	1 155	1 194	1 215	1 136	1 181	1 228	1 221	1 137
Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	165	164	161	204	186	103	127	150	160
Öffentliche Energieversorgung										
Elektrizitätsversorgung										
Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	563,52	556,13	505,25	619,49	560,77	467,56
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	81,99	78,03	81,92 ^r	78,15	70,06	75,72
übrige Energieträger	Mill. kWh	481,53	478,09	423,33	541,34	490,72	391,85
Eigenverbrauch	Mill. kWh	23,90	23,66	19,89	28,12	27,22	11,43
Pumpstromverbrauch	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	539,63	532,47	485,36	591,36	533,55	456,14
davon										
Wasserkraft	Mill. kWh	80,78	76,85	80,78	76,84	68,56	74,51
Laufwasser	Mill. kWh	79,92	76,02	80,62	76,57	66,28	73,69
Speicherwasser	Mill. kWh	0,86	0,83	0,16	0,27	2,27	0,81
Windenergie	Mill. kWh	0,15	0,23	0,25	0,16	0,55	0,12
Solarenergie	Mill. kWh	0,03	0,04	0,03	0,01	0,01	0,04
Kernenergie	Mill. kWh	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Steinkohle	Mill. kWh	82,34	70,56	92,71	83,83	93,39	1,63
Erdgas	Mill. kWh	365,99	372,88	303,48	417,40	355,01	362,51
Heizöl	Mill. kWh	0,61	0,24	0,08	0,26	0,68	0,05
Müll	Mill. kWh	8,83	11,09	7,89	12,50	14,98	17,17
Klärgas	Mill. kWh	0,84	0,51	0,09	0,30	0,32	0,11
Diesel, Raffineriegas	Mill. kWh	0,06	0,07	0,07	0,07	0,07	0,01
Stromeinspeisung ³⁾	Mill. kWh	23,80	29,82	28,38 ^r	30,18	49,00	45,03
Saldo des Strom austauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	1 573,80	1 596,98	1 711,66 ^r	1 717,64	1 868,32	1 748,94
Stromverbrauch an dem öffentl. Netz ⁴⁾	Mill. kWh	2 137,23	2 159,28	2 225,41	2 339,18	2 450,88	2 250,11
Gasversorgung										
Gaserzeugung	Mill. kWh	0,49	0,34	0,18	0,09	0,41	0,43
Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze	Mill. kWh	5 625,12	5 887,86	5 696,86	7 603,98	8 075,20	4 262,65
Verfügbare Gasmenge ⁵⁾	Mill. kWh	5 616,92	5 851,27	5 613,03	7 601,60	8 036,03	4 191,91
Handwerk⁶⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	100	96	-	-	96	95	-	-	93
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	vjD 1998=100	100	104	-	-	117	103	-	-	113
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁷⁾										
Beschäftigte insgesamt	Anzahl	48 170	47 826	48 613	48 170	47 825	47 362	46 742	46 122	45 002
Facharbeiter	Anzahl	24 837	25 018	25 578	25 558	25 148	24 799	24 532	24 146	23 432
Fachwerker und Werker	Anzahl	8 962	8 631	8 787	8 493	8 460	8 594	8 367	8 245	7 996
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	1 000	4 887	4 841	5 531	4 949	3 970	5 655	5 386	5 143	3 861
Hochbau insgesamt	1 000	3 163	3 063	3 425	3 086	2 494	3 541	3 410	3 251	2 475
Wohnungsbau	1 000	2 188	2 046	2 234	2 060	1 627	2 440	2 397	2 219	1 685
gewerblicher Hochbau	1 000	741	768	878	754	659	842	784	761	598
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	701	733	837	734	638	814	752	726	581
Bahn und Post	1 000	27	19	18	5	13	9	17	24	11
landwirtschaftlicher Bau	1 000	14	17	23	15	8	19	15	11	6
öffentlicher Hochbau	1 000	234	249	313	272	208	259	229	271	192
Organisationen ohne Erwerbs- zweck	1 000	49	64	92	83	52	62	57	66	54
Körperschaften des öffentl. Rechts	1 000	185	185	221	189	156	197	172	205	138
Tiefbau insgesamt	1 000	1 725	1 778	2 106	1 863	1 476	2 114	1 976	1 892	1 386
gewerblicher Tiefbau	1 000	467	468	551	488	421	508	509	504	360
gewerblicher und industrieller Bau	1 000	372	340	401	332	251	333	328	330	261
Bahn und Post	1 000	95	128	150	156	170	175	181	174	99
öffentlicher Tiefbau	1 000	589	600	695	657	503	676	636	621	475
Straßenbau	1 000	669	710	860	718	552	930	831	767	551
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	200	203	238	212	200	200	232	194
Löhne	Mill. DM	151	153	156	180	161	155	154	176	146
Gehälter	Mill. DM	46	47	46	58	51	45	45	56	48
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	708	716	824	817	868	803	787	787	822

1) Vierteljahresergebnisse (März=1.Vj., Juni=2. Vj. usw.), Jahr=Vierteljahresdurchschnitt. – 2) 1 m³=35,169 MJ=9,769 kWh (Brennwert bzw. oberer Heizwert). – 3) Von Industriekraftwerken, Anlagen mit erneuerbaren Energien, BHKW und Sonstige. – 4) Einschließlich Übertragungsverlusten im öffentlichen Netz. – 5) Einschließlich Messdifferenzen. – 6) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999			2000				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 048	1 113	1 049	901	811	770	637	772	504
mit 1 Wohnung	Anzahl	762	842	782	689	586	576	479	615	396
mit 2 Wohnungen	Anzahl	197	191	196	137	161	139	114	112	79
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	89	80	71	75	64	55	44	45	29
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 135	1 171	1 070	995	829	888	647	799	536
Wohnfläche	1 000 m ²	199	208	194	176	149	159	119	147	94
Wohnräume	Anzahl	8 835	9 134	8 479	7 812	6 429	6 787	5 211	6 328	3 990
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	487	508	461	430	364	380	290	351	235
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	4	4	5	2	3	2	2	1
Unternehmen	Anzahl	159	193	202	137	125	132	121	217	83
Private Haushalte	Anzahl	885	916	843	759	684	635	514	553	420
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	200	217	227	191	186	209	184	193	131
Umbauter Raum	1 000 m ³	919	1 084	1 550	669	895	1 262	1 152	1 700	668
Nutzfläche	1 000 m ²	157	176	222	119	160	193	179	223	107
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	190	222	207	136	191	228	256	294	124
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	20	14	22	22	22	24	19	18	9
Unternehmen	Anzahl	170	185	193	162	158	177	161	171	121
Private Haushalte	Anzahl	9	9	12	7	6	8	4	4	1
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 964	1 993	1 797	1 852	1 435	1 503	1 127	1 357	817
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 571	3 662	3 617	3 841	3 520	3 778	4 365	4 102	...
EU-Länder	Mill. DM	2 019	2 154	2 063	2 189	2 002	2 075	2 394	2 329	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	246	261	247	249	245	275	295	298	...
Dänemark	Mill. DM	58	58	49	59	47	52	73	55	...
Finnland	Mill. DM	29	26	25	23	27	23	29	33	...
Frankreich	Mill. DM	483	525	501	519	458	525	539	513	...
Griechenland	Mill. DM	27	28	29	31	27	28	43	34	...
Großbritannien	Mill. DM	293	308	301	324	306	253	327	318	...
Irland	Mill. DM	16	18	14	16	27	18	16	14	...
Italien	Mill. DM	248	289	289	330	269	283	356	325	...
Niederlande	Mill. DM	221	211	198	189	193	180	237	237	...
Österreich	Mill. DM	156	146	155	146	121	141	181	164	...
Schweden	Mill. DM	57	69	67	69	70	79	65	71	...
Spanien	Mill. DM	156	180	151	195	182	184	198	231	...
Portugal	Mill. DM	28	35	35	39	30	34	35	35	...
USA und Kanada	Mill. DM	277	292	301	294	302	301	386	290	...
Japan	Mill. DM	72	76	84	89	83	97	134	101	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	482	448	433	477	504	531	590	528	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	361	342	345	368	293	364	426	413	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 650	2 545	2 575	2 604	2 379	2 822	3 287	3 202	...
EU-Länder	Mill. DM	1 686	1 581	1 604	1 611	1 423	1 814	2 049	2 117	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	325	242	243	258	162	362	389	375	...
Dänemark	Mill. DM	48	52	81	48	63	76	38	107	...
Finnland	Mill. DM	12	14	14	10	9	11	10	6	...
Frankreich	Mill. DM	390	391	418	368	405	354	463	319	...
Griechenland	Mill. DM	3	4	2	3	1	2	3	2	...
Großbritannien	Mill. DM	128	118	103	106	119	129	110	116	...
Irland	Mill. DM	21	16	13	14	15	26	28	23	...
Italien	Mill. DM	193	201	179	158	177	160	211	184	...
Niederlande	Mill. DM	289	287	287	353	254	393	468	586	...
Österreich	Mill. DM	96	83	88	75	69	75	93	88	...
Schweden	Mill. DM	48	43	49	64	23	90	68	133	...
Spanien	Mill. DM	106	106	103	130	103	98	134	133	...
Portugal	Mill. DM	27	25	22	23	22	38	34	46	...
USA und Kanada	Mill. DM	200	189	171	174	162	186	229	209	...
Japan	Mill. DM	88	79	64	76	78	57	73	42	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	187	172	172	186	160	191	217	212	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	224	261	284	293	294	306	405	324	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	95,2	91,5	91,4	92,8	92,8	93,6	96,2	96,8	97,9
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	105,9	101,0	99,9	101,5	101,6	101,8	105,6	107,4	108,4
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	98,6	97,3	96,9	99,8	111,3	98,3	104,6	108,5	119,5
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	98,8	96,7	98,6	98,1	96,8	97,8	97,4	97,6	97,1
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	104,7	108,3	118,3	121,5	108,5	123,4	127,8	124,5	116,0
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	93,5	86,6	88,0	86,0	86,7	87,0	86,7	84,1	84,2
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	101,3	88,8	86,7	85,8	87,1	85,8	85,5	83,8	83,2
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,7	99,3	115,0	114,0	106,9	115,7	111,4	101,0	105,3
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1 000	536	570	880	487	352	943	882	529	405
Ausländer	1 000	107	113	142	94	72	163	149	96	92
Übernachtungen	1 000	1 671	1 753	2 650	1 314	1 066	2 752	2 685	1 414	1 270
Ausländer	1 000	314	333	397	254	206	443	430	257	277
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 343	1 285 ^f	1 371 ^f	1 365 ^f	1 264 ^f	1 447	1 354	1 388	...
Güterversand	1 000 t	703	721 ^f	835 ^f	801 ^f	762 ^f	836	820	940	...
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	16 350	19 005	17 267	15 401	16 092	15 542	15 774	15 177	12 641
Krafträder	Anzahl	1 339	1 271	394	224	229	567	361	184	212
Personenkraftwagen und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	13 728	16 370	15 625	13 829	14 600	13 663	14 073	13 623	11 162
Lastkraftwagen	Anzahl	903	954	945	1 059	935	986	1 044	1 058	951
Zugmaschinen	Anzahl	232	240	175	148	150	197	189	175	199
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 493	1 617	1 684	1 453	1 413	1 793	1 618	1 535	1 419
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 110	8 701	9 329	10 035	9 882	8 602	9 204	9 479	9 860
Verunglückte Personen	Anzahl	2 016	2 178	2 282	1 952	1 919	2 401	2 187	2 057	1 893
Getötete	Anzahl	32	32	37	32	30	35	29	17	21
Pkw-Insassen	Anzahl	19	20	23	23	21	22	18	8	16
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	7	1	2	6	3	3	-
Radfahrer	Anzahl	2	2	3	1	1	2	3	1	-
Fußgänger	Anzahl	4	3	3	7	5	4	4	4	4
Schwerverletzte	Anzahl	467	496	492	429	383	501	451	416	389
Pkw-Insassen	Anzahl	258	263	305	271	260	247	272	276	255
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	96	106	86	44	22	143	85	60	34
Radfahrer	Anzahl	47	55	37	28	19	43	35	22	18
Fußgänger	Anzahl	47	49	44	61	63	49	45	46	65
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen	Anzahl	117	94	82	117	128	149	148	177	153
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	101 682	67 332	49 868	113 305	64 208	114 990	88 120	185 164	100 470

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999				2000			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Kredite und Einlagen ^{1) 2)} (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	194 408	203 752	-	-	207 363
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	-	-	-	-	24 879	26 925	-	-	27 627
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	-	-	18 451	19 890	-	-	20 016
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	-	-	-	-	151 078	156 937	-	-	159 720
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	185 070	192 074	-	-	195 319
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	-	-	166 195	172 159	-	-	175 377
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	-	-	-	-	18 875	19 915	-	-	19 942
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	9 338	11 678	-	-	12 044
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	144 744	149 002	-	-	148 926
Sichteinlagen	Mill. DM	-	-	-	-	29 991	30 969	-	-	32 447
Termineinlagen	Mill. DM	-	-	-	-	40 283	48 462	-	-	44 617
Sparbriefe	Mill. DM	-	-	-	-	10 727	10 522	-	-	10 716
Spareinlagen	Mill. DM	-	-	-	-	63 743	59 049	-	-	61 146
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	139 894	143 064	-	-	143 585
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	-	-	-	-	135 624	131 271	-	-	137 412
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	-	-	-	-	4 270	11 793	-	-	6 173
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	-	-	-	-	4 850	5 938	-	-	5 341
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 642	3 955	3 350	4 240	5 616	4 715	3 425	5 181	6 110
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 439	1 621	892	1 587	3 009	1 909	1 024	1 544	2 889
Lohnsteuer	Mill. DM	1 133	1 195	900	1 481	1 692	891	884	1 541	1 645
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	188	157	-	591	-	-	-	647	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	23	62	- 59	- 51	651	502	- 82	- 116	642
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	117	84	56	30	21	53	179	14	27
Zinsabschlag	Mill. DM	46	45	15	60	20	22	25	87	29
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. DM	22	20	-	45	-	-	-	58	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	120	234	- 21	68	626	442	19	18	546
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	8	31	-	117	-	-	-	67	-
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 203	2 334	2 458	2 652	2 607	2 807	2 401	3 637	3 221
Umsatzsteuer	Mill. DM	707	760	798	819	774	686	748	742	764
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 496	1 573	1 660	1 833	1 833	2 121	1 653	2 895	2 457
Zölle	Mill. DM	200	185	196	207	200	246	227	235	227
Bundessteuern	Mill. DM	230	238	213	202	656	278	257	230	702
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	152	155	157	148	488	162	193	178	536
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	66	71	46	43	158	105	53	41	154
Landessteuern	Mill. DM	128	139	113	128	127	132	123	119	115
Vermögenssteuer	Mill. DM	5	5	5	6	6	5	7	3	4
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	68	61	52	52	46	55	58	53	47
Biersteuer	Mill. DM	7	7	7	6	7	8	6	6	6

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999			2000				
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	787	783	-	-	832	791	-	-	834
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	-	-	7	20	-	-	8
Grundsteuer B	Mill. DM	161	167	-	-	147	181	-	-	160
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	532	521	-	-	573	519	-	-	584
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	66	71	-	-	93	56	-	-	70
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 974	2 165	1 886	2 256	3 354	2 572	2 219	2 513	3 657
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	630	713	382	683	1 328	849	451	660	1 271
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 103	1 205	1 269	1 371	1 348	1 445	1 486	1 621	1 658
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 113	1 186	893	1 155	1 776	1 203	1 002	1 124	1 693
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	565	620	292	599	1 158	756	358	562	1 091
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	387	399	414	426	417	315	434	440	402
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 180	1 229	-	-	1 608	1 179	-	-	1 533
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. DM	406	405	-	-	400	392	-	-	387
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	471	503	-	-	848	457	-	-	815
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	48	58	-	-	100	57	-	-	82
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	104,1	104,8	104,9	105,1	105,5	107,6	107,4	107,7	107,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	99,9	100,1	100,3	100,5	100,5	100,9	101,4
Löhne und Gehälter³⁾										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 491	4 586	4 641	-	-	-	4 705	-	-
Arbeiter	DM	4 641	4 731	4 791	-	-	-	4 847	-	-
Arbeiterinnen	DM	3 336	3 422	3 436	-	-	-	3 535	-	-
Bruttostundenverdienste	DM	26,96	27,58	27,74	-	-	-	28,24	-	-
Arbeiter	DM	27,76	28,36	28,52	-	-	-	29,02	-	-
Facharbeiter	DM	29,58	30,33	30,54	-	-	-	31,09	-	-
Angelernte Arbeiter	DM	26,60	27,10	27,22	-	-	-	27,99	-	-
Hilfsarbeiter	DM	22,85	23,04	22,99	-	-	-	23,46	-	-
Arbeiterinnen	DM	20,65	21,17	21,24	-	-	-	21,72	-	-
Hilfsarbeiterinnen	DM	19,76	20,09	20,12	-	-	-	20,54	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,3	38,2	38,5	-	-	-	38,3	-	-
Arbeiter	Std.	38,4	38,3	38,7	-	-	-	38,4	-	-
Arbeiterinnen	Std.	37,1	37,2	37,2	-	-	-	37,5	-	-
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 349	6 491	6 532	-	-	-	6 666	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	5 857	5 975	6 019	-	-	-	6 097	-	-
Männer	DM	6 763	6 884	6 927	-	-	-	7 043	-	-
Frauen	DM	4 807	4 916	4 962	-	-	-	5 020	-	-
Technische Angestellte	DM	6 722	6 892	6 932	-	-	-	7 126	-	-
Männer	DM	6 886	7 055	7 095	-	-	-	7 292	-	-
Frauen	DM	5 183	5 390	5 425	-	-	-	5 591	-	-
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 586	4 706	4 739	-	-	-	5 002	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 562	4 690	4 723	-	-	-	4 993	-	-
Männer	DM	5 212	5 308	5 316	-	-	-	5 631	-	-
Frauen	DM	3 934	4 082	4 127	-	-	-	4 357	-	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1999.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999			2000				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 029	82 087	82 143	82 163	82 166
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	34 785	35 841 ^p	67 005 ^p	33 609 ^p	23 259 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	65 420	63 914 ^p	69 677 ^p	61 044 ^p	60 607 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 032	70 343 ^p	64 273 ^p	65 043 ^p	71 019 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 5 612	- 6 428 ^p	5 404 ^p	- 3 999 ^p	- 10 412 ^p
Arbeitslose	1 000	4 279	4 099	3 943	3 883	3 901	3 781	3 685	3 611	3 645
Männer	1 000	2 273	2 160	2 013	1 980	2 006	1 949	1 899	1 862	1 892
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,1	10,5	10,1	9,9	10,0	9,3	9,0	8,9	8,9
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,3	11,7	11,2	11,0	11,1	10,2	10,0	9,8	9,9
Offene Stellen	1 000	422	456	458	431	412	544	525	491	468
Kurzarbeiter	1 000	118	119	86	90	90	62	66	66	70
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 405	6 368	6 409	6 386	6 380 ^r	6 429	6 432	6 425	6 432
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	537	527	546	544	560	510	533	539	560
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	189 235	194 982	216 978	204 462	215 066 ^r	206 634	228 403	222 390	236 443
Auslandsumsatz	Mill. DM	62 764	66 608	74 660	69 746	74 664 ^r	72 599	84 010	82 117	87 036
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	109,3	111,4	120,9	118,4	123,1 ^r	112,8 ^r	125,8 ^r	124,9 ^r	130,2
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	109,5	112,5	121,5	119,2	122,5 ^r	115,6 ^r	123,0 ^r	124,7 ^r	127,5
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	113,9	114,2	126,5	119,8	127,2 ^r	117,4 ^r	140,1 ^r	131,4 ^r	141,4
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,9	113,4	125,6	126,1	132,9 ^r	100,3 ^r	129,2 ^r	131,6 ^r	140,1
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	102,6	107,7	109,9	113,0 ^r	103,1 ^r	106,5 ^r	110,8 ^r	112,4
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 084	41 201	38 928 ^r	41 738 ^r	44 526 ^r
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 403	32 097	26 856 ^r	33 817 ^r	36 255 ^r	28 204	27 212	34 297	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 156	1 110	1 138	1 134	1 124	1 068 ^r	1 064 ^r	1 054	1 041
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	116	113	134	128	121	116 ^r	119 ^r	115	115
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	16 741	16 915	19 712	19 698	20 299	17 529 ^r	17 617 ^r	17 613	18 935
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 364	19 459	19 888	20 707	18 078	16 732	14 884	14 116	13 379
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 594	17 977	18 500	19 185	16 659	15 554	13 716	13 115	12 369
Wohnfläche	1 000 m ²	3 521	3 403	3 458	3 568	3 140	2 909	2 644	2 487	2 357
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 622	3 442	3 659	3 627	3 222	3 740	3 397	3 309	3 107
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	39 809	36 465	36 913	37 251	33 795	30 014	27 651	25 855	24 883
Handel und Gastgewerbe ⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	104,0	99,3	104,8	110,1	101,5	101,0	104,9	111,0
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	102,8	110,2	106,8	112,8	112,5	116,6	121,6	125,9
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	95,1	96,0	107,3	103,1	85,3	105,1	109,7	102,6	84,5

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999			2000				
		Monatsdurchschnitt	September	Oktober	November	August	September	Oktober	November	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	79 597	83 124	83 080	86 345	95 147	92 216	95 668	111 280	111 057
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	44 983	47 816	47 195	48 927	54 456	48 765	53 268	62 314	62 670
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 524	4 697	4 696	4 893	5 237	4 884	5 075	5 639	5 904
Frankreich	Mill. DM	8 825	9 547	9 466	9 520	10 398	9 518	10 785	13 001	13 225
Großbritannien	Mill. DM	6 780	7 029	7 285	7 258	8 090	7 701	7 718	8 846	9 401
Italien	Mill. DM	5 878	6 248	6 034	6 310	7 285	5 827	7 230	8 567	8 317
Niederlande	Mill. DM	5 576	5 599	5 105	5 525	6 289	5 946	5 895	6 797	6 896
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	69 017	72 496	71 893	74 940	78 942	87 688	88 545	99 033	102 203
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 670	39 060	36 450	39 534	41 707	44 442	44 268	51 172	53 125
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 870	3 729	3 738	4 235	3 942	4 242	4 270	4 959	5 252
Frankreich	Mill. DM	7 410	7 425	6 888	7 599	8 167	7 442	7 451	9 570	10 178
Großbritannien	Mill. DM	4 724	5 013	5 656	5 439	5 561	6 199	6 433	6 527	7 721
Italien	Mill. DM	5 376	5 396	4 858	5 096	5 593	5 274	5 412	6 551	5 995
Niederlande	Mill. DM	5 785	5 882	5 440	6 503	6 751	7 218	8 185	8 744	9 023
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	50 061	53 301	65 350	42 418	43 585	44 054	68 649	44 033	43 459
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 353	30 056	43 663	18 517	18 069	21 074	46 926	19 040	18 061
Lohnsteuer	Mill. DM	21 523	21 809	19 200	19 053	19 202	21 054	19 830	19 539	19 648
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	926	1 774	10 975	- 1 829	- 1 578	- 2 635	11 912	- 1 612	- 2 231
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 851	22 354	21 666	21 985	24 713	22 269	21 722	22 998	24 691
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 974	18 189	17 559	17 917	19 764	16 817	16 145	17 176	18 307
Zölle	Mill. DM	540	519	542	498	566	554	600	581	556
Bundessteuern	Mill. DM	10 876	11 773	11 870	10 108	11 401	12 351	12 652	11 477	11 034
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 163	1 160	619	630	928	1 695	668	628	959
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 996	8 774	8 732	8 299	9 334	9 314	9 208	9 608	8 890
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1991 = 100	103,6	102,8	103,4	103,3	103,8	110,8	112,0	112,6	113,4
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1991 = 100	87,1	82,7	83,8	82,9	84,0	90,1	89,5	91,2	92,1 ^D
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	99,5	98,5	98,9	99,1	99,2	102,3	103,2	103,7	103,9
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,7	98,4	-	-	98,5	98,7	-	-	98,8
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,7	98,4	-	-	98,4	98,7	-	-	98,7
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,7	95,5	-	-	96,0	98,1	-	-	98,7
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,3	104,9	105,1	105,0	105,2	107,2	107,7	107,5	107,7
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	100,2	99,9	100,0	100,8	100,5	100,5	100,9
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	104,7	106,0	105,5	107,4	107,5	107,4	107,5	107,6	108,1
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,5	101,8	101,9	102,0	102,2	101,3	102,0	102,2	102,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	106,0	107,4	108,0	107,9	108,0	111,2	112,6	112,8	113,0
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,8	102,1	102,1	102,1	102,1	101,9	102,0	102,1	102,1
Gesundheitspflege	1995 = 100	114,4	110,6	110,7	110,7	110,8	111,1	111,2	111,3	111,4
Verkehr	1995 = 100	104,7	107,6	109,3	109,8	109,5	114,1	115,6	114,7	115,1
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,3	88,2	87,5	87,4	87,3	84,0	83,9	83,9	83,9
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,1	103,4	103,5	102,0	103,4	105,8	104,8	103,2	104,4
Bildungswesen	1995 = 100	112,9	117,5	117,8	117,8	118,5	119,3	119,9	119,9	120,1
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	103,6	104,9	105,2	105,1	104,1	109,0	106,4	106,5	105,2
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,8	104,5	104,5	104,8	105,1	106,9	107,0	107,3	107,6

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz 2000 real um 3,2% gestiegen

Das Bruttoinlandsprodukt, die Summe der im Land produzierten Waren und Dienstleistungen, ist im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr real, das heißt von Preiseinflüssen bereinigt, um 3,2% gestiegen. Den vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zufolge verlief die Entwicklung in Rheinland-Pfalz damit wesentlich besser als im Jahr 1999 (+1,3%) und auch etwas günstiger als im Bundesdurchschnitt (+3,1%). Auch in jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz mit 3% höher als die für Deutschland mit 2,7%. Der Wert der im vergangenen Jahr in Rheinland-Pfalz erstellten wirtschaftlichen Leistung betrug somit knapp 176 Mrd. DM.

Im Jahr 2000 kamen – anders als im Vorjahr – aus dem verarbeitenden Gewerbe wieder nachhaltige positive Impulse für die rheinland-pfälzische Wirtschaft, zurückzuführen nicht zuletzt auf die Exportdynamik und die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen. Wesentlich beigetragen zum Wirtschaftswachstum haben aber auch wiederum die Dienstleistungsbereiche Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen. Im Bau-

gewerbe war immerhin eine leichte Aufwärtsentwicklung erkennbar, während sich im Bundesdurchschnitt hier ein deutlicher Rückgang der realen Wertschöpfung ergab.

Gäste- und Übernachtungsrekord in Rheinland-Pfalz

Die erfreuliche Entwicklung des rheinland-pfälzischen Tourismus im Laufe des Jahres 2000 hat sich auch im letzten Monat des Jahres mit einem Gäste- und Übernachtungsplus von 15 bzw. 19% gegenüber Dezember 1999 fortgesetzt. Mit 7,2 Mill. Besuchern (+5,9%) und 22,4 Mill. Übernachtungen (+6,7%) konnte die Branche für 2000 zum dritten Mal in Folge Zuwächse verbuchen. Damit wurde sowohl bei den Gästen als auch bei den Übernachtungen ein Rekordergebnis erreicht.

Während die Zahl der inländischen Gäste gegenüber dem Jahr 1999 um 5,1% auf 5,8 Mill. anstieg, nahm die Zahl der Besucher aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland um 8,8% auf 1,5 Mill. zu. Bei den Übernachtungen von Ausländern (4,4 Mill.) betrug die Steigerungsrate 10%. Die Übernachtungen von deutschen Gästen (18 Mill.) nahmen gegenüber dem Vorjahr um 5,9% zu.

Statistischer Bericht mit Regionalergebnissen zur Landwirtschaft erschienen:**Verbandsgemeinde Schweich an der Römischen Weinstraße hat die meisten landwirtschaftlichen Betriebe**

Schweich an der Römischen Weinstraße war 1999 die Verbandsgemeinde mit den meisten landwirtschaftlichen Betrieben. 960 Bauern bzw. Winzer wurden dort gezählt. Auf den nächsten Plätzen folgten die Verbandsgemeinden Bernkastel-Kues (932 Betriebe) und Prüm (722 Betriebe). Die Verbandsgemeinde Prüm verfügte mit 22 300 ha zugleich über die bei weitem größte landwirtschaftlich genutzte Fläche, gefolgt von der Verbandsgemeinde Bitburg-Land (16 400 ha).

Diese und weitere ausgewählte Ergebnisse über die Struktur der Landwirtschaft in den Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden und kreisfreien Städten aus der Landwirtschaftszählung 1999 enthält ein soeben veröffentlichter Statistischer Bericht. Er gibt Auskunft über die Größe der Betriebe, die Bodennutzung und die Viehhaltung, den Haupt- und Nebenerwerb, die Arbeitskräfte, die Hofnachfolgesituation, die Betriebssysteme sowie die Pachtverhältnisse. Für Landkreise und kreisfreie Städte werden die Ergebnisse zusätzlich nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche dargestellt. Die Veröffentlichung bietet einen umfassenden, sachlich und regional tief gegliederten Überblick über die vielfältigen Betriebs- und Produktionsstrukturen der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft.

Der Statistische Bericht C/Landwirtschaftszählung 1999-1 kann zum Preis von 12,30 DM zuzüglich Versandkosten bestellt werden.

Statistisches Landesamt · Vertrieb der Veröffentlichungen · 56128 Bad Ems
Telefon: (0 26 03) 71 - 2 45 · Telefax: (0 26 03) 71 - 3 15 · E-Mail: poststelle@statistik-rp.de

kurz + aktuell

Im Einzelhandel klingelten die Kassen

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel – ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen – konnte seine Umsätze im Jahr 2000 im Vergleich zum Vorjahr um 4,1% steigern.

Apotheker und Drogisten weiteten ihre Umsätze um 5,1% aus. In Kauf- und Warenhäusern sowie in Verbraucher- und SB-Märkten nahm das Geschäft um 3,6% zu. Im sonstigen stationären Einzelhandel verlief die Entwicklung mit +3,4% ebenfalls günstig.

Im nichtstationären Einzelhandel, hierzu gehört der Handel vom Lager, auf Märkten sowie der Versandhandel, ließen sich Umsatzzuwächse von fast 13% verbuchen. el

Herbst 2000 brachte weniger Wein

Nach zwei Jahren mit überdurchschnittlich hohen Weinmengen bescherte der Herbst 2000 den rheinland-pfälzischen Winzern und Kellereien etwa 16% weniger Wein als im Jahr zuvor. Ein Grund war die starke Fäulnis der Trauben. Die Weinerzeugung erreichte rund 6,7 Mill. hl. Im Herbst 1999 waren es über 8 Mill. hl. Entsprechend den Verbraucherwünschen wurde deutlich mehr Rotwein erzeugt. Inzwischen entfällt rund ein Viertel der gesamten Weinproduktion auf Rotwein (1,7 Mill. hl). Wie auch schon in den Vorjahren handelte es sich beim größten Teil des Rotweines (94%) um Qualitätswein. Von den gut 5 Mill. hl Weißwein wurden 60% als Qualitätswein und gut ein Viertel als Qualitätswein mit Prädikat ausgebaut. br

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar		Veränderung
	2000	2001	
	Mill. DM		%
Landessteuern	147,0	150,5	2,4
Vermögenssteuer	6,3	- 2,4	X
Erbschaftsteuer	33,7	22,3	- 33,8
Grunderwerbsteuer (Landesanteil)	13,9	15,3	10,2
Kraftfahrzeugsteuer	70,9	78,0	10,0
Rennwett- und Lotteriesteuer	14,7	30,5	107,0
Feuerschutzsteuer	0,1	0,1	- 43,9
Biersteuer	7,4	6,7	- 9,3
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	533,1	684,3	28,3
Lohnsteuer	497,5	500,6	0,6
Veranlagte Einkommensteuer	- 75,0	- 84,8	X
Kapitalertragsteuer	97,6	186,1	90,7
Zinsabschlag	55,5	99,3	79,0
Körperschaftsteuer	- 42,4	- 16,8	X
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	467,1	459,8	- 1,6
Umsatzsteuer	343,2	289,0	- 15,8
Einfuhrumsatzsteuer	123,9	170,8	37,9
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	0,3	0,0	- 87,5
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	0,2	0,0	- 87,5
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	0,5	0,1	- 87,5
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	0,1	0,0	- 87,5
Insgesamt	1 148,3	1 294,7	12,7

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Januar 2001

Indexbezeichnung	1995 = 100	Veränderung zu Januar 2000 in %
Früheres Bundesgebiet 1)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	108,2	2,4
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	102,8	1,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	108,5	0,7
Bekleidung, Schuhe	102,7	0,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	112,6	4,0
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	102,6	0,3
Gesundheitspflege	110,8	0,9
Verkehr	115,1	3,3
Nachrichtenübermittlung	83,4	-4,4
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	105,1	1,7
Bildungswesen	119,3	1,1
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	106,0	1,5
Andere Waren und Dienstleistungen	108,4	2,3
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	107,7	2,1
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	107,2	1,9
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	108,6	2,5
Deutschland 2)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	108,3	2,4

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.